

# BAUAKTUELL





# BAUSTOPP

## DURCH MÄNGEL IN DER POLITIK

- KRISE IM WOHNUNGSBAU: Kommt die Wiederankurbelung?
- DAUERBAUSTELLE LANDESSTRASSEN: Kommen wir mit dem Geld hin?
- WIRTSCHAFTSSTANDORT WESTKÜSTE: Kommt der große Wurf?



#### Inhalt

Editorial	3				
Wohnungsbau					
Regierung lässt Wohnungsbau hängen					
Gegenüberstellung von KfW-Neubaustandards					
Wenn Theoretiker versuchen, einen Neubau zu planen	7				
Bau-Politik					
Lieferkettengesetz kommt	8				
Bürokratie endlich abbauen					
Baukonjunktur					
Baukonjunktur in Deutschland					
Baukonjunktur in Schleswig-Holstein	11				
Preise für Baumaterialien	11				
Zahl der Baugenehmigungen weiter rückläufig					
Aus IMPULS 2030 wird IMPULS 2040					
Straßenbau					
Bilanz im Straßen- und Radwegebau	14				
Interview mit Minister Claus Ruhe Madsen	15				
Partner					
Mit gesunden Arbeitnehmern auch durch schwierige Zeiten!	16				

#### Wirtschaft

Northvolt: Die Giga-Fabrik kommt	18
Northvolt-Interview	19

#### Fachbereich & Betriebe

HBZ*- Mitgliedertag des Holzbauzentrum*Nord  Tagung der Landesfachgruppe Massiv-Bau				
Tagung der Landesfachgruppe Massiv-Bau	20			
Frühjahrstagung der Landesfachgruppe Fliesen und Naturstein	22			
Deutscher Obermeistertag in Berlin	24			
SaisonKuG in KrisenKuG ummünzen	24			
125 Jahre Zentralverband Deutsches Baugewerbe	25			
Parlamentarischer Abend von Handwerk Schleswig-Holstein	27			
Meisterstipendien vergeben	27			

#### Aus den Innungen

Handwerk überreicht Petition	28
Handwerk fordert Realitätscheck	28
Kleine Hände, große Zukunft	28
Ausbildungsmesse mit Influencerin	29
Innungsversammlung in Flensburg	

#### Aus den Betrieben

Maistarhaft, Urkundanvarlaihung

Seminare und Veranstaltungen	31
Bester Brunnenbauer beim Kanzlergespräch	31
1 total and a strain and a strain and	

#### **Impressum**

#### BAUAKTUELL

Offizielles Organ der Baugewerblichen Organisationen Die Bauwirtschaft im Norden - Baugewerbeverband Schleswig-Holstein, Wirtschaftsverband Bau-Nord e.V., Landesinnung des Brunnenbauerhandwerks Schleswig-Holstein, Berufsförderungswerk für das Schleswig-Holsteinische Baugewerbe e.V.

Herausgeber (v.i.S.d.P.): Servicegesellschaft Bau-Nord GbR, Hopfenstr. 2e / 24114 Kiel / T: 0431/53547-0 / info@bau-sh.de, www.bau-sh.de

Chefredaktion: Hilke Ohrt, E-Mail: presse@bau-sh.de

Autoren: Hilke Ohrt / Jan Christian Janßen / Erik Preuß / Jana Ploß / Georg Schareck / Ralf Schneider

Gastautoren: Anke Fuchs und Ann-Cathrin Schareck, IKK - Die Innovationskasse, KödR / Lars Höft, Energieberatung SH Lars Höft GmbH & Co.KG

Fachinformationen: ARGE-SH Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen GmbH / Statistikamt Nord, Statistisches Bundesamt Destatis / Zentralverband Deutsches Baugewerbe / Forschungs- und Beratungsinstitut empirica / Forschungsinstitut Pestel-Institut

Satz: La Deutsche Vita ® / Beckerkoppel 18 / 23743 Grömitz / www.la-deutsche-vita.de

Druck: Svenja Muchow / druck & medien / Sierksdorfer Str. 14 / 23730 Neustadt in Holstein / www.muchowdruck.de

Erscheinungsweise viermal jährlich: Februar / Mai / August / November



### **Editorial**

tatsächlich und gefühlt läuft die Bauwirtschaft seit längerem nicht rund. Die politischen Rahmenbedingungen, die wir seit Monaten zu Verstetigung und Verbesserung anmahnen und verhandeln, erfahren eine permanente Berg- und Talfahrt.

undeswirtschaftsminister Robert Ha-Bbeck und Bundesbauministerin Klara Geywitz haben noch auf dem jüngsten Wohnungsbautag in Berlin die Bedeutung der Bauwirtschaft betont, Sachverständige der Politik haben die volkswirtschaftliche Bedeutung der Bauwirtschaft im Vergleich zu anderen Branchen herausgearbeitet. Und so verstetigen sich meine Zweifel am Spagat zwischen Erkenntnisgewinn der verantwortlichen Politiker und der notwendigen, aber nicht erfolgten Umsetzung zur Abwehr drohender Schäden für die gesamte Volkswirtschaft. Oder anders ausgedrückt: Auf der einen Seite werden milliardenschwere Steuerzuschüsse für Batterie- oder Autofabriken gewährt. Auf der anderen Seite verweist der Bundeswirtschaftsminister bei der Baubranche auf die knappe Haushaltslage, spricht die Bundesbauministerin angesichts berechtigter Vorschläge vom "Licht am Ende des Tunnels", das weitere Unterstützung nicht notwendig mache. Das drückt eine erschreckende Nonchalance zulasten der Bauwirtschaft aus.

Noch Anfang des Jahres hatten wir auf ein verantwortliches Handeln und Verstetigen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft gehofft und dieses auch durch die Begleitung der lauten Proteste im Norden unterstützt. Mit der dann schlussendlich doch verabschiedeten degressiven AfA für Baumaßnahmen kam endlich eine positiv wirkende Maßnahme, doch enttäuschen die brüsken und unverständlichen Abwehrhaltungen gegen die von nahezu allen Experten und der Wirtschaft belegten sinnvollen Forderungen.

Stattdessen wird die Umschichtung investiver Mittel vom Neubau (rund 15 Mrd. zu knapp 1,8 Mrd. Euro) als Erfolg gefeiert. Nach dem Motto: "Es hätte ja noch viel schlimmer kommen können." Dass alleine in diesen Fördermitteln verschärfte und bekanntermaßen wenig zielführende Zuwendungsvoraussetzungen für EH 40 und EH 40 Plus ausgewiesen werden, eine (immer

noch nicht feststehende) Förderung für finanzschwache Familien von rund 800 Mio. Euro enthalten ist, relativiert den Förderbetrag nachweislich nach unten. Dass der Bundeswirtschaftsminister darüber hinaus in Kauf nimmt, dass diese geringen Fördermittel nicht abgerufen werden können, weil der Etat für die Förderung der Gebäudeenergieberatung "im Sinne sparsamer Haushaltsführung" gestreckt wird, macht die Sachlage nicht besser. Die ohnehin prekäre Lage gipfelt dann darin, dass sich die ohnehin knappen KfW-Mittel als zinsverbilligte Darlehen gleichwohl an den Entwicklungen des Marktzinses orientieren und deutlich angehoben wurden. Auch hier laufen unsere Forderungen nach niedriger Zinsstabilität als marktüblich und Aufstockung der Mittel ins Leere.

Dass die verantwortlichen Minister dann mit vielen Lippenbekenntnissen, aber wenig Ergebnissen immer wieder vor die Presse treten, ist mittlerweile nur noch als Ärgernis zu sehen. Seit über einem Jahr prüfen die verantwortlichen Bundesministerien zielführende Vorschläge zum günstigen Bauen. In der Zeit rücken die klimapolitischen Ziele in immer weitere Ferne. Die Ampelregierung verletzt zudem nicht nur ihre im Koalitionsvertrag ausgewiesen wohnungspolitischen Ziele, sondern durch das deutliche Verfehlen dieser Ziele um knapp 50 Prozent auch das staatlich verbriefte Recht der Bürger auf ein menschenwürdiges Wohnen und Leben.

Als ob dies nicht alleine ausreichen würde, verschärft sich die Situation durch den, aus meiner Sicht, mehr oder weniger willkürlichen Abbruch der Tarifverhandlungen für die Bauwirtschaft durch die IG Bau. Ich frage mich, ob die Gewerkschaften ihren Verantwortungen für die Bedeutung des Flächentarifvertrages noch gerecht werden können und wollen, wenn in zunehmendem Maße Tarifverträge nicht in freien Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt werden, sondern in Schlichtungen münden.

Sosehr die Forderung nach 500 Euro mehr für alle nachvollziehbar ist, so wenig tragen für unsere Branche die Begründungen anderer Gewerkschaften nach Inflationsausgleich und Wiederherstellung der Kaufkraft. Denn sie offenbaren ein Missverständnis der tarifvertraglichen Realitäten und ihrer Auswirkungen; sie treiben das Bauhauptgewerbe in eine Tarifkonkurrenz mit anderen Gewerken und machen den Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" zur Floskel. Die strukturelle Veränderung der Tarifverträge - von ihrer Idee der Teilhabe der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Aufschwung hin zu einem sozialen Versorgungswerk unter Missachtung der wirtschaftlichen Eckdaten - führt in der Breite zu mangelnder Akzeptanz und möglicherweise weiterer Tarifflucht. Es ist nicht auszuschließen, dass die Praxis einen unverhältnismäßigen Tarifvertrag zumindest teilweise ins Leere laufen lässt, weil die betrieblichen Erfordernisse eine Weitergabe der Teuerungsraten in den Markt nicht zulassen. Ein Flächentarifvertrag kann nur dann zu einer breiten Akzeptanz geführt werden, wenn er auch von den Schwächeren mitgetragen werden kann. Das ist seit Monaten, zumindest im Massivund Hochbau, nicht der Fall.

Aber wie heißt es doch so schön in vielen Management- und Führungskursen: "Ein Problem ist nicht das Ende eines Prozesses oder einer Situation, sondern der Beginn einer Lösung." In diesem Sinne liegt viel Arbeit vor uns und wir werden als ihr Spitzenverband in Schleswig-Holstein alles daransetzen, die Bauwirtschaft mit Ihnen zusammen wieder auf Kurs zu bringen.

Ihr Georg Schareck Hauptgeschäftsführer

1. Comb

Georg Schareck Hauptgeschäftsführer

Autor
RA Georg Schareck
Hauptgeschäftsführer
g.schareck@bau-sh.de



nelle. BGV SH

## Regierung lässt Wohnungsbau hängen

#### Stillstand am Bau: Endlich Baumängel in der Politik beseitigen



Modularer Holzbau für Bürogebäude in Berlin

Auch die ersten Monate dieses Jahres stellen für den Wohnungsbaumarkt eine fortgesetzte Herausforderung dar, die sich nahtlos in die Trends des vergangenen Jahres einreiht oder sogar noch ein wenig negativer ausfällt. Bau aktuell hat eine Bestandsaufnahme zu Bedarf, Lage und Maßnahmen vorgenommen.

m Bereich des Hochbaus verzeichnen Bauunternehmen einen Rückgang der Aufträge um knapp fünf Prozent nominal und um sechs Prozent real. Insbesondere der Wohnungsbau ist hierfür maßgeblich verantwortlich, da die Bestellungen in diesem Sektor um etwa 16 Prozent nominal und real um etwa 17,5 Prozent zurückgegangen sind (siehe Seite 10f).

Diese Rückgänge kamen angesichts des deutlichen Einbruchs bei den Baugenehmigungen im Vorjahr, der beinahe 100.000 Wohnungen betraf, nicht unerwartet (siehe Seite 13). "Diese Entwicklung macht uns große Sorgen. In der anhaltenden Abwärtsspirale am Markt wird es für die Wohnungsbauunternehmen immer schwieriger, die in den Vorjahren neu an Bord geholten Mitarbeiter zu beschäftigen", sagt Fritz Pakleppa, der Hauptgeschäftsführer vom Zentralverband Deutsches Baugewerbe. Dabei werden nach

wie vor Wohnungen, vor allem im sozialen und bezahlbaren Segment benötigt.

#### Bedarf von 400.000 und mehr Wohneinheiten in Deutschland

Beauftragt vom Verbändebündnis "Soziales Wohnen" von Januar 2024 hat das Pestel-Institut aus Hannover den Bestand an Sozialwohnungen und den Bedarf an Wohnraum untersucht. Der Wohnungsbedarf betrifft laut Pestel-Institut insbesondere die Bereiche des sozialen und bezahlbaren Wohnens.

Ausgehend von den gestiegenen Wohnungsdefiziten hat das Institut auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte die Wohnungsbedarfe berechnet und mit den ausgewiesenen Länderwerten zusammengeführt. Daraus ergibt sich ein Wohnungsbedarf für Deutschland von rund 398.000 Wohnungen im Jahr 2024 und

von 385.00 für 2025; in Schleswig-Holstein besteht demnach ein Wohnungsbedarf von mehr als 13.000 Wohneinheiten im Jahr 2024 und von mehr als 12.000 im Jahr 2025.

Insgesamt kommen die Studien von Pestel und beispielsweise Studien der Böckler-Stiftung in ihren Prognosen regelmäßig auf den Bedarf von 400.000 und mehr Wohneinheiten in Deutschland. In ihren Berechnungen zielen sie auf die Bezahlbarkeit der Wohnungen ab. Dahingegen hat das Institut empirica eine aktuelle Studie 2024 veröffentlicht, bei der es sich um eine reine Neubau-Nachfrage-Prognose handelt. Zugrunde gelegt wird für die Berechnung die Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes bis 2045 mit drei Szenarien. In der mittleren Variante mit gleichbleibender Bevölkerungsdichte würden im Zeitraum 2024 bis 2027 dabei jährlich knapp 170.000 neue Wohnungen benötigt. Allerdings wird geschätzt, dass in den vergangenen Jahren rund 115.000 Wohnungen an unpassenden Standorten errichtet worden seien, was zu zusätzlichen regionalen Engpässen geführt habe.

"Würde man diese 115.000 WE zu dem von empirica ermittelten Bedarf von ca. 170.000 Wohneinheiten hinzuaddieren, käme man auf einen Bedarf von rund 300.000 WE pro Jahr", heißt es in der Bewertung des ZDB. Aufgrund unterschiedlicher Studienergebnisse sei es dringend erforderlich, dass die Bundesregierung zeitnah wieder eine eigene Wohnraumbedarfsprognose erstelle. Hierbei sollten alle Faktoren, die die Nachfrage generieren, abgeleitet werden.

Für Sozialwohnungen hat das Pestel-Institut zudem den Ist- und Soll-Bestand von Sozialwohnungen gegenübergestellt; die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2022. Demnach lag der Ist-Bestand in Deutschland bei einer Million Wohnungen gegenüber einem Soll von zwei Millionen. Für Schleswig-Holstein zeigt sich ein Defizit von rund 17.000 Sozialwohnungen in 2022 (Istwert knapp 47.000, Sollwert rund 64.000).

Laut eigenen Bekundungen ist die Regierung willens, den benötigten Wohnraum errichten zu lassen, doch fehlen nach wie vor Handlungen, die das in die Wege leiten.

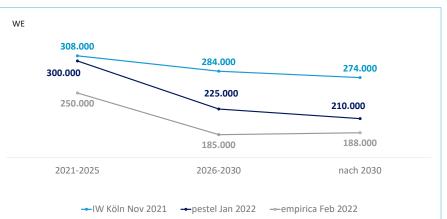
#### Machen ist wie wollen, nur krasser.

Ein alter Sponti-Spruch wird dieser Tage wieder bemüht, denn er verpackt eine alte Weisheit in einfache Sprache: "Machen ist wie wollen, nur krasser." Damit wird jetzt auf die Politiker abgezielt, denen es zuweilen nicht an guter Absicht fehlt, sondern am Willen zu Handeln. Ein Schelm, der behauptet, es fehle zudem an praktischem Lebensbezug und der Perspektive, über die Legislaturperiode hinaus zu denken. Von Seiten der Bauunternehmer hingegen ist häufig zu hören, dass diese in Generation denken würden und dass dies in ihrer DNA verankert sei, zum einen, was ihre Bauwerke betrifft, zum anderen ihre Betriebe.

"Nach einer situativen Analyse trifft das genau auf den ausgebremsten Wohnungsbau zu. Zumal das am 25. September vergangenen Jahres geschnürte Rettungspaket nur noch geöffnet und ausgepackt werden muss", sagt Georg, Schareck, Hauptgeschäftsführer von Die Bauwirtschaft im Norden. Er zielt damit auf das 14-Punkte-Programm des

Abb 1: Entwicklung Bedarf Fertigstellungen von Wohneinheiten nach verschiedenen Studien im Zeitraum 2021 bis 2030





**Quelle: Zentralverband Deutsches Baugewerbe** 

Wohnungsgipfels im Kanzleramt ab. Seither sind auf den Tag genau beinahe sechs Monate vergangen, ohne dass die Maßnahmen in Gänze umgesetzt worden wären. Der Wille war da, das Handeln fehlt noch...

Immerhin, und dafür ist die Bauwirtschaft dankbar, hat der Bundesrat am 22. März dieses Jahres dem Wachstumschancengesetz und damit der degressiven AfA (Abschreibung für Abnutzung) für Wohngebäude zugestimmt. Auch wenn die Afa von vorgesehenen sechs Prozent auf fünf Prozent gekürzt worden ist, ist das ein dringend benötigter Wachstumsimpuls für den Wohnungsbau", so Schareck.

Für Schleswig-Holstein betont der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU-

Fraktion, Michel Deckmann: "Der Einsatz der Union und der Landesregierung der vergangenen Monate hat sich ausgezahlt. Es ist das entscheidende Zeichen für die Wohnungswirtschaft in unserem Land, dass mit der Verabschiedung des Wachstumschancengesetz nun auch die degressive AfA und damit der Booster für den Wohnungsbau kommt. So packen wir nicht nur den Mangel an Wohnraum an, sondern geben auch ein klares Signal in das schleswig-holsteinische Handwerk."

Allerdings, so das Baugewerbe, müssten die Entlastungen Hand in Hand gehen mit weiteren Maßnahmen. "Die Bundesregierung muss sich entscheiden: entweder die Anforderungen senken oder die Neubau-Förderungen erhöhen. Bei den jetzigen Bauzinsen,

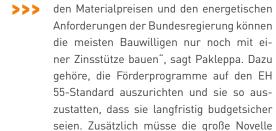




Verwaiste Baustelle im Neubaugebiet



werden.



#### Verzögerungen bei der Bewilligung und Auszahlung von Fördermitteln

des Baugesetzbuches endlich umgesetzt

Auch sind die Förderungen für den Wohnungsbau wieder angelaufen. Am 20. Februar 2024 sind die BMWSB-Förderprogramme Klimafreundlicher Neubau (KFN), Altersgerecht Umbauen sowie Genossenschaftliches Wohnen gestartet. Ein Wohngebäude erreiche die Förderstufe "Klimafreundliches Wohngebäude" mit der technischen Mindestanforderungen der Effizienzhaus-Stufe-40 und die Stufe "Klimafreundliches Wohngebäude mit QNG" mit dem zusätzlichem Qualitätssiegels Nachhaltiges Gebäude, heißt es in den Anforderungen des Bundesbauministeriums. Zusätzlich sind Beratungen durch einen Experten für Energieeffizienz beziehungsweise zusätzlich durch einen Berater für Nachhaltigkeit gefordert.

Kritik kommt von Seiten der Branche, Zumeinen entzündet sie sich an den Anforderungen zur Effizienzhaus-Stufe 40 (siehe Seite 7f). Zum anderen war zu Redaktionsschluss eine weitere Kritik laut geworden. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hatte bekanntgegeben, dass es keinen Förderstopp bei Beratungsprogrammen gebe, es aber bei den Förderprogrammen EBN und EBW zu Verzögerungen bei der Bewilligung und Auszahlung von Fördermitteln komme, weil "ein wirtschaftlicher und sparsamer Umgang mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln von besonders hoher Bedeutung" sei.

Energieberatungen und individuelle Sanierungspläne sind allerdings bei Bauvorhaben unerlässlich für eine zielgerichtete Sanierung und sie bilden die Grundlage für den Einsatz von Fördermitteln. "Andere KfW-Programme, die von dieser Förderung abhängen, können nicht mehr beantragt werden. Es wäre die Pflicht der Bundesregie-



Arbeiter meldet Bauabbruch

rung, hier schnell Abhilfe zu schaffen", sagt Schareck.



Ungeöffnetes, geschnürtes Maßnahmenpaket

#### Weitere Maßnahmen gefordert

Darüber hinaus fordert sein Verband Bund und Landesregierung in Schleswig-Holstein auf, den hohen und teuren Standard der allgemein anerkannten Regeln der Technik so abzuändern, dass diese für den allgemeinen Baumarkt ohne die derzeitigen Haftungsrisiken für Bauunternehmen nachhaltig umgesetzt werden können. Außerdem fordert der Verband, die Bürokratie zu reduzieren, um Baukosten zu senken, und beziffert die Kosten für den bürokratischen Aufwand nach einer Unternehmensumfrage (Seite 9).

#### Europäischer Green Deal: Klimaneutralität bis 2050

Auch die europäische Politik wirkt sich auf das Baugeschehen aus. Die EU-Mitgliedstaaten haben das Ziel, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, und den europäischen

> Grünen Deal als Strategie dafür entwickelt. Die Europäische Kommission hat noch vor den Europawahlen ein 2040-Ziel mit einer 90-Protzent-Netto-Reduktion im Vergleich zu 1990 vorgeschlagen. Die hierfür erforderlichen einzelnen Schritte werden im Paket "Fit für 55" in Rechtsvorschriften übertragen und "Fit für 55" beinhaltet zudem Vorschläge zur Überarbeitung von EU-Rechtsvorschriften.

Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf den Bausektor gelegt. Das Europäische Parlament hat am 12. März der Neufassung der EU-Gebäuderichtlinie zugestimmt, wodurch das Nullemissionsgebäude zum neuen Neubaustandard ab 2030 wird. Die Sanierungsquote von Bestandsgebäuden, derzeit bei etwa einem Prozent, soll mindestens verdoppelt werden. Ein besonderer Fokus liegt auf einem Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft. Die Europawahl Anfang Juni wird auch Einfluss auf die Ausgestaltung des Green Deal haben. Wähler und Politiker sind gleichermaßen gefordert.

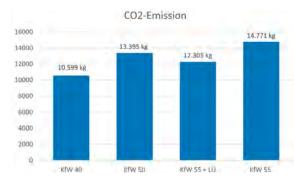
#### Autorin M.A. phil. Hilke Ohrt Pressesprecherin presse@bau-sh.de





## Gegenüberstellung von KfW-Neubaustandards





Vor dem Hintergrund der heutigen Förderkulisse von Neubauten hat der Gebäude-Energieberater und KfW-Sachverständiger Lars Höft am Beispiel eines Mehrfamilienhauses mit 18 Wohneinheiten ohne Keller verschiedene KfW-Neubaustandards miteinander verglichen.

Höft hat für die Standards KfW 40, KfW 55 mit und ohne Lüftungsanlage sowie KfW 50 detaillierte Berechnungen angestellt und dabei die folgenden Parameter gegenübergestellt: Heizwärmebedarf, Endenergiebedarf, Primärenergiebedarf, CO<sub>2</sub>-Emissionen, Transmissionswärmeverluste.

Sein Fazit: "Derzeit ist ausschließlich eine Förderung über ein zinsgünstiges Darlehn für einen KFN-40-Standard möglich. Der notwendige, geschätzte Mehraufwand im Vergleich zu einem "KfW-50-Standard" setzt sich für das Erreichen eines KFN-40-Standards mit QNG-Siegel, runtergebrochen auf ein Einfamilienhaus, wie folgt zusammen: QNG-Siegel erstellen ca. 15.000,00 bis 20.000,00 Euro, Berechnung detaillierter Wärmebrücken ca. 4.000 bis 8.000 Euro, Lüftungsanlage dezentral inkl. Einbau ca. 10.000 Euro, Mehrkosten für den Energie-Effizienz-Experten, aufgrund der 2023 weggefallenen Förderung für die Baubegleitung, ca. 7.000 Euro.

Die politische Entscheidung für den Standard KfW 40 mit QNG-Siegel hat den Bau eines Einfamilienhauses um ca. 40.000,00 €

verteuert. Mit dem KfW-50-Standard, Beheizung mit einer Luft-Wasser-Wärmepumpe und einem nach Verfahren B berechneten hydraulischen Abgleich, wäre der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in diesem Gebäude nicht wesentlich höher als in einem KfW-40-Haus mit QNG-Siegel.

Diese Betrachtung würde die Planung von einer unrealistischen, bürokratischen und teuren Planung zu einer praxisnahen Planung verändern. Die Planungs- und Baubegleitungskosten für einen KfW-50-Standard würden "nur noch" ca. 7.000 bis 10.000 Euro betragen. Wären also um ca. 28.000 Euro geringer als bei einem KFN-40-Standard mit QNG-Siegel."

**Redaktion BAU AKTUELL** 

# Wenn Theoretiker versuchen, einen Neubau zu planen

Mit unserer Berechnung versuchen wir aufzuzeigen, wie in der Theorie gut gemeinte Anforderungen in der täglichen Praxis zu unüberwindbaren und unbezahlbaren Hürden werden.

Die Anforderungen für ein QNG-Siegel sind in der Theorie wohlklingend. Die geforderte Umsetzung ist eine nicht realisierbare Traumvorstellung. Forderungen bringen immer Konsequenzen mit sich. In diesem Fall ist es ein Planungsaufwand, welcher in keinem Verhältnis zum Nutzen steht. Hier soll, bereits vor Baubeginn, bewertet werden, welche Auswirkungen das Gebäude während seines Lebenszyklus auf die Umwelt hat.

Es geht hier nicht nur um die Steine oder die Dachpfannen. Auch Bodenbeläge, Silikonabdichtungen oder Steckdosen sollen in der Bauplanungsphase, nach einem Datenblatt, bewertet werden. In dieser Phase wissen die meisten Bauwilligen noch nicht einmal, welche Farbe die Dachpfanne haben soll.

Jedem Leser wird hoffentlich gerade klar, dass er dieses für sein Haus niemals erfüllen kann. Der ganze bürokratische Irrsinn mündet dann darin, dass er für den Erhalt der Fördergelder bestätigt werden muss. Dieses ist zwar unmöglich, wird aber bestätigt.

Hier werden Ressourcen verschwendet. Unnötige Planungsleistungen und -zeit sowie unnötige Kosten für sinnlos bedrucktes Pa-





Lars Höft ist Gebäudeenergieberater. In seiner 2013 gegründeten Energieberatung SH Lars Höft GmbH & Co.KG mit Sitz in Rendsburg beschäftigt er vier Förderspezialistinnen, vier Ingenieure (Green Building System) mit Energieberaterprüfung Wohn- u. Nichtwohngebäude sowie fünf Handwerksmeister mit Energieberaterprüfung Wohn- u. Nichtwohngebäude. Pro Jahr werden Leistungen in den folgenden Größenordnungen erbracht: Energieberatung und Begleitung von ca. 600 Projekten, ca. 200 hydraulische Abgleiche nach Verfahren B für alle Gebäudetypen, als zertifizierte Luftdichtheitsprüfer Durchführung von ca. 100 Blower-Door-Tests.





pier. An diesem Prozedere verdienen nur die Institutionen, welche diese Anforderungen erfunden hahen

Weiterhin muss für das Erreichen eines KfW40-Standards eine detaillierte Wärmebrückenberechnung erstellt werden. Bei dieser Berechnung werden einzelne Bauteile detailliert betrachtet. Dieses ist manchmal bei kritischen Bauteilen auch gerechtfertigt. In der Regel ist jedoch gerade im Wohnungsbau die Verarbeitungsqualität in den letzten Jahren ständig gestiegen. Die Berechnung führt letztendlich zu einem Bonus in der Wärmeschutzberechnung. Damit darf weniger Dämmung verbaut werden. Hier wäre es sicherlich energetisch sinnvoller, die geforderten Werte mittels eines

Gleichwertigkeitsnachweises zu erfüllen. Dieses würde in der Praxis zu moderat höheren Dämmstoffstärken führen und damit zu einer Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Der monetäre Mehraufwand für den Dämmstoff ist weitaus geringer als die Kosten für eine detaillierte Wärmebrückenbrechnung. Auch hier wird nur Papier produziert.

Da der KfW-40-Standard ohne den Einbau einer Lüftungsanlage nicht realisierbar ist, entstehen auch hier weitere Kosten für die Bauwilligen. Obwohl sich der Planungsaufwand für den KfW-40-Standard mittlerweile mindestens verfünffacht hat, wurde die Förderung der Baubegleitung (50 Prozent der Planungskosten) ersatzlos gestrichen.

Als Energieberater haben wir mittlerweile mehr damit zu tun, irgendwelche wohlklingenden Nachweise zu erbringen, als mit der tatsächlich notwendigen Planungsleistung. Heute ist es wichtiger, mit kostspieligen, zeitraubenden Berechnungen, einen in der Theorie energieeffizienten Zustand darzustellen, als einfach nur ein gutes, energetisch vertretbares Haus zu bauen.

Solange sich diese Anforderungen nicht ändern, wird sich auch die Wohnungsnot nicht verringern. Die katastrophalen Auswirkungen auf die Baubranche und die begleitenden Gewerke spüren wir ebenfalls

Gastautor Lars Höft

## Lieferkettengesetz kommt

m 15. März dieses Jahres haben die AEU-Botschafter im Ausschuss der Ständigen Vertreter den letzten Kompromissvorschlag des EU-Lieferkettengesetzes angenommen. Das Plenum des EU-Parlaments stimmte Ende April (nach Redaktionsschluss) über den Kompromissvorschlag ab, um das Gesetzgebungsverfahren vor den Europawahlen im Juni abzuschließen. Es gilt als sicher, dass die Richtlinie in dieser Legislatur verabschiedet wird, auch gegen den Widerstand der FDP, die Bedenken hinsichtlich möglicher Bürokratie und rechtlicher Risiken äußerte.

Der Kompromiss, der in den Verhandlungen im Dezember 2023 erzielt wurde, musste mehrfach nachverhandelt werden. Verbesserungen bestehen vor allem in der Streichung der Bauwirtschaft als Hochrisikosektor sowie in der Anhebung der Schwellenwerte für den unmittelbaren Anwendungsbereich der Richtlinie: Das Gesetz soll nach drei Jahren für Unternehmen mit mehr als 5.000 Mitarbeitern und 1.500 Mio. Euro Umsatz, nach vier Jahren für Unternehmen mit mehr als 3.000 Mitarbeitern und 900 Mio. Euro Umsatz und nach fünf Jahren für Unternehmen ab 1.000 Mitarbeiter und 450 Mio. Euro Umsatz gelten. Wäre der Bau als Hochrisikosektor eingestuft worden, hätten für das Baugewerbe sehr niedrige Schwellenwerte (250 Mitarbeiter)



Vertriebszentrum und Kommunikationsnetz

gegolten. Es bleibt grundsätzlich bei der zivilrechtlichen Haftung im Einklang mit den nationalen Haftungssystemen. Zulieferer haften für von ihnen verschuldete Schäden. Eine Überprüfungsklausel sieht eine Bewertung der Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen vor, zum ersten Mal nach sechs Jahren.

Aus dem Zentralverband Deutsches Baugewerbe heißt es: "Positiv zu bewerten ist, dass der Bau entgegen den ursprünglichen Planungen kein Hochrisikosektor sein wird. Dies und die Anhebung der Schwellenwerte für den Geltungsbereich führen zu einer geringeren unmittelbaren Betroffenheit der

baugewerblichen Unternehmen von den in der Richtlinie vorgesehenen Sorgfaltspflichten.

Dennoch bleiben Unsicherheiten und Risiken für baugewerbliche Unternehmen bestehen, die für größere Unternehmen arbeiten, die in den Anwendungsbereich des Gesetzes fallen. Die negativen Erfahrungen mit dem deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz verdeutlichen das Problem, dass Auftraggeber häufig die Auflagen an ihre Zulieferer und Dienstleister weitergeben."

Redaktion BAU AKTUELL



## Bürokratie endlich abbauen

#### Umfrageanalyse zeigt: Baukosten könnten drastisch gesenkt werden

Das Baugewerbe in Deutschland steht nach wie vor unter einer immer mehr zunehmenden Belastung durch Bürokratie und Regulierung, die die Baukosten immens in die Höhe treibt. In Schleswig-Holstein klagen Bauunternehmen über übermäßige Dokumentationspflichten und unrealistische gesetzliche Anforderungen.

Ach einer kürzlich durchgeführten Umfrage des Verbands Die Bauwirtschaft im Norden werden die Kosten für die bürokratischen Hürden immer deutlicher. Die Forderung an die Politik ist klar: Es muss gehandelt werden, um die Bürokratie zu reduzieren und die Baukosten zu senken.

Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Georg Schareck, betont die Dringlichkeit dieses Anliegens. Mit unserem hiesigen Wirtschaftsminister ist hierzu ein weiteres dringendes Gespräch geplant. "Trotz vorhergehender Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern auf Bundes- und Landesebene sind die bisher erarbeiteten Maßnahmen bisher nicht umgesetzt worden. Die ständig wachsende Menge an Dokumentations- und Berichtspflichten sowie administrativen Aufgaben müsse endlich angegangen und reduziert werden", so Schareck. Es reiche nicht aus, nur Absichtserklärungen abzugeben.

Die Ergebnisse der Verbandsumfrage zeigen, dass die Bauunternehmen erhebliche finanzielle Ressourcen für bürokratische Aufgaben aufwenden müssen. Diese zusätzlichen Kosten belasten die ohnehin schon gestiegenen Baukosten weiter und es ist keine Entspannung in Sicht. Beispiele aus der Praxis verdeutlichen das Ausmaß der Problematik, wie etwa der hohe bürokratische Aufwand für die Dokumentation von energetischen Standards bei Bauprojekten.

Die Analyse er Umfrageergebnisse zeigt das volle Ausmaß in Zahlen, hier sind einige Beispiele genannt:

 Ein Betrieb mittler Größenordnung muss 1,5 Personalstellen für Verwaltungsarbeiten für Dokumentationen und Nachweise bereitstellen

- Je nach Gewerk und Schwerpunkt macht der bürokratische Aufwand bis zu 25 Prozent des Jahresumsatzes aus.
- Das Musterbeispiel einer größeren Wohneinheit mit sechs Wohnungen zeigt die Kosten der gestiegenen Klimaanforderungen an Wohngebäude: Die Dokumentation für ein KfW-Effizienzhaus-50 betrug 80 Seiten und kostete 3.000 Euro, die für das neue KfW-Effizienzhaus-40 umfasst 360 Seiten und kostet 40.000 Euro.
- Ein Wust an mindestens ordnungswidrigkeitsbewehrten Auflagen ahndet nur
  das Nicht- oder falsche Dokumentieren
  selbst bis zu hohen sechsstelligen Beträgen Verstöße gegen das, was zu dokumentieren ist, stehen auf einem weiteren
  Blatt. Diese sind vielfach nochmal und
  auch separat strafangedroht.

"Es ist unverständlich, warum Bauunternehmen unter dem Generalverdacht stehen, ohne umfangreiche Dokumentation keine ordnungsgemäße Arbeit zu leisten", kommentiert der Verbandschef. Doppelbestrafungen und hohe Strafen für kleinste Verstöße gegen Dokumentationspflichten seien nicht hinnehmbar und stellten eine erhebliche Belastung für die Branche dar. Die Forderung nach Bürokratieabbau und mehr unternehmerischer Eigenverantwortung wird immer lauter, im Baugewerbe, aber auch im gesamten Handwerk und in weiteren Branchen. Die Politik ist gefordert, die Gesamtbelastung durch bürokratische Hürden zu erkennen und Maßnahmen zur Kostensenkung im Bauwesen zu ergreifen.

"Grundsätzlich besteht natürlich Regelungsbedarf", sagt Jan Janßen von Die Bauwirtschaft im Norden. "Allerdings nur so viel wie nötig und so wenig wie möglich. Und wenn es Vorgaben gibt, dann sollten es nur langfristig-verbindliche sein." Er nennt einige Beispiele und Forderungen, die sich auch aus den Befragungen der Betriebe ableiten:

- Staatliches Arbeitsschutzrecht begrenzen und mehr Eigenverantwortung der Mitarbeiter f\u00f6rdern.
- Datenschutz und Dokumentation mit Augenmaß und Verstand betreiben.

- Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz abschaffen.
- Hinweisgeberschutzgesetz abschaffen.
- Transparenzregister in seiner Doppelfunktion abschaffen.
- Bürokratie bei der Erweiterung der Maut auf Fahrzeuge ab 3,5 t ab 1. Juli 2024 verhindern
- Keine zusätzlichen Berichtspflichten zur Nachhaltigkeit.
- Arbeitszeitrichtlinie hinsichtlich der Reduzierung von Dokumentationspflichten überprüfen.
- Dokumentations- und Nachweispflichten in der Gewerbeabfallverordnung vereinfachen.
- Investitionsstau im öffentlichen Bereich zielgerichtet abbauen.
- Einsatz für stabile Energiepreise wie im EU-Durchschnitt.
- Vergabeportale einheitlich ausgestalten.
- Fachkräftesicherung ermöglichen.

"Der Staat - das sind in diesem Fall unsere Staatsverwaltung auf allen Ebenen und wir alle - kann konkret einen Beitrag zum Bürokratieabbau leisten", fordert Janßen. Zudem müssten die politisch verantwortlichen Abgeordneten bei jeder Gesetzgebung noch intensiver die Folgekosten für die Unternehmen berücksichtigen.

Schleswig-Holstein kann hierbei ausdrücklich eine Vorreiterrolle einnehmen und so einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Bauwirtschaft im Land leisten. Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen hatte bereits im Februar ein 11-Punkte-Entlastungspaket in den Bundesrat eingebracht. "Wir sollten uns eingestehen, die lähmende Schraube der Bürokratie in Europa längst überdreht zu haben. Und jeder weiß: Nach fest kommt ab", sagte Madsen in der Länderkammer. Schareck: "Bleibt abzuwarten, ob die Initiative aus dem echten Norden endlich die richtigen Weichen stellt." Auch der Regierungsentwurf für das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV) sei nicht der große Wurf, selbst wenn es denn komme.

Redaktion BAU AKTUELL



#### Baukonjunktur in Deutschland

## Aufträge im Wohnungsbau brechen weiter ein

#### Auftragseingänge und Umsätze im Bauhauptgewerbe 2023

Der reale (preisbereinigte) Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ist im Jahr 2023 um 4,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken, das geht aus den Zahlen des Statistischen Bundesamtes Destatis für die größeren Betriebe in Deutschland hervor. Mit einem Volumen von 102,3 Milliarden Euro lag der Auftragseingang nominal (nicht preisbereinigt) 3,3 Prozent über dem Vorjahresniveau und damit erstmals im dreistelligen Milliardenbereich. Die unterschiedliche Entwicklung von realen und nominalen Werten ist auf die zu Beginn des Jahres deutlich gestiegenen Baupreise zurückzuführen.

Im Hochbau gingen die realen Auftragseingänge um 11,4 Prozent zurück und lagen mit 49,1 Milliarden Euro nominal 5,0 Prozent unter dem Vorjahresergebnis. Dabei verzeichnete der Wohnungsbau mit real -19,8 Prozent (nominal -13,4 %) die größten Einbußen und das niedrigste nominale Jahresergebnis seit 2018. Der Tiefbau stieg im Vergleich zum Vorjahr real um 3,0 Prozent und steigerte sich nominal um 12,2 Prozent auf 53,2 Milliarden Euro. Großaufträge, vor allem im Bahnstreckenausbau und beim Bau der Kabeltrassen Süd-Link und Süd-Ost-Link trugen maßgeblich zum vorliegenden Rekordergebnis bei.

Der Jahresumsatz im Bauhauptgewerbe sank im Vergleich zum Vorjahr real um 3,3 Prozent. Nominal steigerte er sich um 3,5 Prozent und erreichte einen neuen Höchststand von 113,8 Milliarden Euro. Dabei fiel der Wohnungsbau mit 26,6 Milliarden Euro Jahresumsatz am stärksten ins Gewicht, der gewerbliche Hochbau folgte mit 26,0 Milliarden Euro.

#### Auftragseingänge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im Januar 2024

Der reale (preisbereinigte) Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Januar 2024 gegenüber Dezember 2023 kalender- und saisonbereinigt um 7,4 Prozent zurückgegangen. Im Tiefbau nahm der Auftragseingang um 3,1 Prozent ab, im Hochbau um 12,0 Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat Januar 2023 stieg der reale, kalenderbereinigte Auftragseingang um 1,3 Prozent. Dabei nahm der Auftragseingang im Tiefbau um 9,9 Prozent zu, im Hochbau sank er dagegen um 6,9 Prozent. Der nominale (nicht preisbereinigte) Auftragseingang im Bauhauptgewerbe lag um 4,3 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Der Umsatz im Bauhauptgewerbe erreicht im Januar ca. 5 Mrd. Euro, nominal -3,7 Prozent, real ca. -5,3 Prozent. Der Umsatz im Wohnungsbau erreichte dabei ca. 1,2 Mrd. Euro; nominal ca. -16 Prozent. Demgegenüber konnte der gewerbliche Bau mit ca. 2,4 Mrd. Euro das Vorjahresergebnis gut halten. Im Öffentlichen Bau wurden ca. 1,5

Mrd. Euro umgesetzt, nominal ein Zuwachs um ca. 3 Prozent.

Für den Wohnungsbaumarkt beginnt das neue Jahr fatalerweise so, wie das alte endete. Im Hochbau verzeichnen die Bauunternehmen einen nominalen Auftragsrückgang um knapp 5 Prozent, real um 6 Prozent. Das ist maßgeblich auf den Wohnungsbau zurückzuführen. Hier gingen die Order um ca. 16 Prozent zurück, real um ca. 17,5 Prozent. "Diese anhaltenden Abwärtsspirale am Markt bereitet uns Sorgen", kommentiert der ZDB-Hauptgeschäftsführer Felix Pakleppa.

Anders bewertet er die Entwicklung im Tiefbau: "Wir sehen im Tiefbau weiter einen anhaltend positiven Trend. Hier haben die Order um nominal 14 Prozent, real um 11 Prozent zugelegt. Dabei sind die Order im Wirtschaftstiefbau um nominal 22 Prozent gestiegen. Es sind weiter vor allem Großprojekte bei der Energie- und Verkehrsinfrastruktur, die hier zu Buche schlagen. Der Baumittelstand partizipiert hier gleichwohl nicht adäquat.

Die Bautätigkeit selbst verlief verhalten. Bei einer gleichen Anzahl von Arbeitstagen fiel die Zahl der geleisteten Stunden gegenüber dem Vorjahr um ca. 8 Prozent geringer aus. Zum einen haben die vielen Niederschläge witterungstechnisch behindert, zum anderen sind die Auftragspolster, gerade im Wohnungsbau, zu niedrig.

Destatis/ZDB

## Baukonjunktur in Schleswig-Holstein

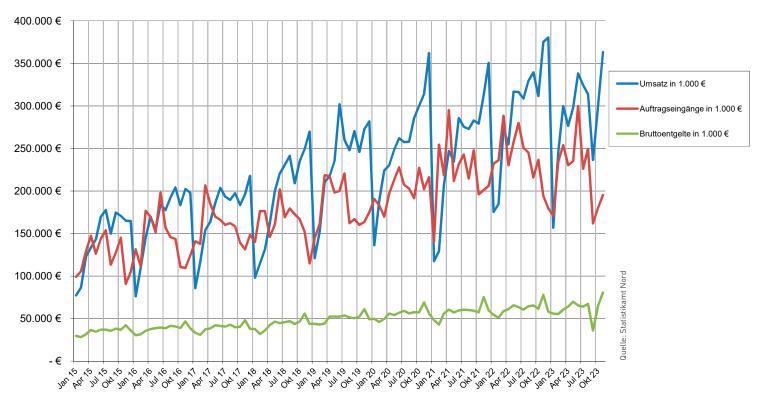
ie Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe Schleswig-Holsteins sind im Jahr 2023 binnen Jahresfrist um sechs Prozent auf knapp 2,7 Mrd. Euro gesunken. Nach Abzug der Inflation (preisbereinigt) errechnet sich ein Rückgang um 13,2 Prozent. Das größte Minus gab es im Wohnungsbau, wo der Wert der Auftragseingänge binnen Jahresfrist preisbereinigt um 23,4 Prozent einbrach, so das Statistikamt Nord.

Im Hochbau gesamt sind die Auftragseingänge 2023 im Vergleich zu 2022 um nominal -9,5 Prozent gesunken, real waren es -16 Prozent, im Wohnungsbau nominal um -17,4 Prozent und real um -23,4 Prozent. Der Tiefbau verzeichnet Auftragseinbußen von nominal -2 Prozent, real -10,1 Prozent, der Straßenbau nominal ein Plus von 5 Prozent, real ein Minus von -6 Prozent.

Im Jahr 2023 haben die größeren Betriebe des Bauhauptgewerbes Umsätze in Höhe von knapp 3,6 Mrd. Euro erwirtschaftet. Damit lagen sie in etwa auf dem Niveau des Jahres 2022. Preisbereinigt errechnet sich jedoch ein Rückgang um gut sechs Prozent. Einen nennenswerten Umsatzanstieg verzeichnete lediglich der öffentliche Hochbau (plus 24,3 Prozent auf rund 190 Mio. Euro).



## Statistik Baugewerbe Umsatz - Auftragseingänge - Lohnsumme Schleswig-Holstein (Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen)



Die baugewerblichen Umsätze sind 2023 im Vergleich zu 2022 im Hochbau gesamt um nominal -2 Prozent gesunken, real waren es -7,8 Prozent, im Wohnungsbau nominal um -2 Prozent und real um -7,8 Prozent. Der Tiefbau verzeichnet in dem Zeitraum nominal ein Plus von 3,4 Prozent, real ein Minus von -4 Prozent, der Straßenbau nominal ein Plus von 3,1 Prozent, real ein Minus von -6,4 Prozent.

Statistikamt Nord

#### Preise für Baumaterialien

m Jahr 2023 waren die meisten Baumaterialien nach wie vor teurer als 2021, dem Jahr vor der Energiekrise – trotz Preisrückgängen bei den Baustoffen wie Holz oder Stahl. Wie das Statistische Bundesamt Destatis mitteilt, gab es im Jahr 2023 zudem durchweg bei allen mineralischen Baustoffen Preissteigerungen: Zement (+32,3 %), Kalk und gebrannter Gips (+31,4 %), Frischbeton (+24,9 %), Dachziegel aus keramischen Stoffen (+24,2 %) und Bausand (+21,9 %) verteuerten sich gegenüber dem Jahr 2022 deutlich.

Bitumen auf Erdölbasis verbilligte sich 2023 um 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dagegen war Asphaltmischgut, in der Regel ein Gemisch aus Gesteinskörnungen und Bitumen, um 9,9 % teurer als im Vorjahr. Metalle, deren Herstellung wie die mineralischen Baustoffe vergleichsweise energieintensiv ist, verbilligten sich im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um 6,0 Prozent. Betonstahl in Stäben kostete 31,6 Prozent weniger als im Jahr 2022, Betonstahlmatten waren 31,5 Prozent billiger.

Deutliche Preisrückgänge gab es bei Baumaterialien aus Holz: Dachlatten (-26,1 %) und Konstruktionsvollholz (-20,7 %) verbilligten sich im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr. Auch die Preise für Bauschnittholz gingen um 18,3 Prozent zurück.

Trotz der teilweise sinkenden Preise für einzelne Baustoffe lag das Preisniveau im Jahr 2023 für nahezu alle Baumaterialien – bis auf Holz – über dem Niveau vor der Energiekrise:

Deutliche Teuerungen gegenüber dem Jahr 2021 gab es bei den mineralischen Baustoffen wie Kalk und gebrannter Gips (+67,1 %) sowie Zement (+55,7 %).

Metalle verteuerten sich im Jahresdurchschnitt 2023 um 18,6 Prozent gegenüber dem Jahr 2021, allerdings entwickeln sich die Preise hier uneinheitlich. Deutliche Preissteigerungen gab es bei Stabstahl (+41,7 %) und Rohren oder Hohlprofilen aus Eisen oder Stahl (+35,0 %). Moderater stiegen die Preise für Weißbleche (+12,0 %) und kaltgewalzte Bleche (+6,2 %). Die Preise für Betonstahl in Stäben gingen um 8,5 Prozent zurück.

Preisrückgänge gab es bei Baumaterialien aus Holz: Konstruktionsvollholz (- 28,0 %), Dachlatten (-22,4 %) und Bauschnittholz (-15,9 %) verbilligten sich im Jahr 2023 gegenüber 2021.

**Destatis** 



## **THOMAGREEN®**

Der nachhaltige Beton



14 Transportbetonwerke von Thomas Beton sind mit dem Concrete Sustainability Council (CSC) Gütesiegel in Gold ausgezeichnet worden. Das internationale Gütesiegel der Betonherstellung attestiert den Betonunternehmen, dass sie die Zertifizierungsgrundsätze im Bereich der Um-







welt, des Managements, des sozialen Miteinanders und der Ökonomie erfüllen. Ausgezeichnete Nachhaltigkeit für eine Mit unseren Betonen, Spezialbaustoffen und Dienstleistungen versorgen wir Baugewerbe, Baustoffhandel, Landwirtschaft, den Gartenund Landschaftbau und auch private Bauherrn. Und das alles seit mehr als 50 Jahren!

Überzeugen Sie sich von der Spitzenqualität unserer Produkte.

Das Team Thomas Beton freut sich auf Sie.

Die Betonspezialisten

www.thomasbeton.de

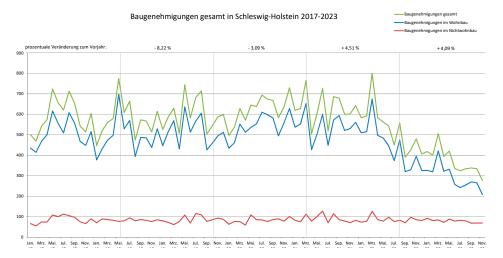


## Zahl der Baugenehmigungen weiter rückläufig

m Jahr 2023 wurde in Deutschland der Bau von 260.100 Wohnungen genehmigt. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) nach vorläufigen Ergebnissen mitteilt, waren das 26,6 Prozent oder 94.100 Wohnungen weniger als im Jahr 2022. Niedriger war die Zahl der Baugenehmigungen zuletzt im Jahr 2012 (241.100 Wohnungen). In den Zahlen sind sowohl die Baugenehmigungen für Wohnungen in neuen Gebäuden als auch für neue Wohnungen in bestehenden Gebäuden enthalten.

Besonders deutlich ist die Nachfrage bei den Ein- und Zweifamilienhäusern eingebrochen. Nach 105.838 Wohnungen im Jahr 2022 wurden im vergangenen Jahr nur knapp 61.954 genehmigt. Hier fehlen also fast 44.000 Wohnungen (minus 41,5 Prozent). Insbesondere die drastisch gestiegene Finanzierungslast hat auch den Mehrfamilienhausbau getroffen. 190.442 Wohnungen 2022 wurden 2023 nur noch 142.570 Wohnungen genehmigt, rund 48.000 weniger (minus 25,1 Prozent). "Die fehlenden Baugenehmigungen werden zu fehlenden Wohnungen in den kommenden Jahren führen und den Markt noch weiter aufheizen", so der ZDB zu den Zahlen.

Im Januar 2024 wurde in Deutschland der Bau von 16.800 Wohnungen genehmigt. Wie das Statistische Bundesamt Destatis) mitteilt, waren das 23,5 Prozent oder 5.200 Baugenehmigungen weniger als im Januar 2023. Im Vergleich zum Januar 2022 (knapp 30.000



Wohnungen) sank die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen sogar um 43,4 Prozent oder 12.900. In den Ergebnissen sind sowohl die Baugenehmigungen für Wohnungen in neuen Gebäuden als auch für neue Wohnungen in bestehenden Gebäuden enthalten. Überproportional mit ca. minus 38 Prozent brechen dabei vor allem die Genehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser ein.

"Die fehlenden Baugenehmigungen von heute sind die fehlenden Aufträge und Wohnungen von morgen. Wir haben in den vergangenen beiden Jahren real den Auftragszuwachs der vergangenen vier Jahre abgebaut. Bleiben die Neuaufträge weiter aus, steigt in den Bauunternehmen der Druck, die in den letzten Jahren neu an Bord genommenen Beschäftigten auszulasten. Investoren und Bauwillige warten weiter sehnsüchtig auf die

angekündigten Impulse", kommentiert ZDB-Hauptgeschäftsführer Felix Pakleppa.

In Schleswig-Holstein sind 2023 genau 10.866 neue Wohnungen fertiggestellt worden, im gleichen Zeitraum 2022 waren es 15.488 (-29,8 %). Das geht aus den aktuellen Zahlen des Statistikamtes Nord hervor. Das ist der niedrigste Stand seit 2012, damals waren 10.272 Wohnungen genehmigt worden.

Die Anzahl der Baugenehmigungen für Wohnungen (in Wohn- und Nichtwohngebäuden) über die Jahre: 10.272 (2012), 12.089 (2013), 12.178 (2014), 13.014 (2015), 16.224 (2016), 14.168 (2017), 14.846 (2018), 15.435 (2019), 16.558 (2020), 16.565 (2021), 15.488 (2022), 10.866 (2023).

Redaktion BAU AKTUELL

## Aus IMPULS 2030 wird IMPULS 2040

Die Landesregierung hat dem Umsetzungskonzept für die energetische Modernisierung der Landesliegenschaften im Rahmen der Klimaschutzstrategie der Landesverwaltung zugestimmt. Finanzministerin Monika Heinold: "Klar ist, wir müssen den Klimawandel durch CO<sub>2</sub>-Einsparungen aktiv begrenzen. Hier hat der Gebäudesektor ein großes Potenzial. Als Land ist es unsere Aufgabe, unseren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten."

Laut Umweltbundesamt entfallen in Deutschland etwa 35 Prozent des Endenergieverbrauchs und rund 30 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf den Betrieb von Gebäuden. In Schleswig-Holstein gibt es derzeit 808 beheizte landeseigene Gebäude, die im Kontext eines klimaneutralen Betriebs betrachtet werden, darunter Ministerien, Finanzämter, Gerichte und Polizeistationen.

Das vorgestellte Umsetzungskonzept ist vor dem Hintergrund des Gesetzes zur Energiewende und zum Klimaschutz in Schleswig-Holstein entstanden, das das Land dazu verpflichtet, seine Landesliegenschaften treibhausgasneutral umzurüsten. Die Umsetzung des Konzepts soll in drei Handlungsfeldern erfolgen: regenerative Energieversorgung, ressourcenschonende Sanierung und Reduzierung der Büroflächen.

Die Gesamtkosten für die Umsetzung des Konzepts bis zum Jahr 2040 belaufen sich auf rund 2,5 Milliarden Euro, einschließlich Bau- und Baunebenkosten. Dies umfasst auch bauliche Maßnahmen zur Instandsetzung und Anpassung, die mit den Sanierungsmaßnahmen verbunden sind, heißt es aus dem Finanzministerium. Ziel sei es, das Umsetzungskonzept mit den weiteren baulichen Maßnahmen aus dem Einzelplan für Hochbaumaßnahmen des Landes und dem Programm IMPULS eng zu vernetzen. Dazu werde das Infrastrukturmodernisierungs-Programm IMPULS bis 2040 fortgeschrieben.

Redaktion BAU AKTUELL



## Bilanz im Straßen- und Radwegebau

Wie steht es um die Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein?



Pressekonferenz im Verkehrsministerium

Im Februar dieses Jahres hat das Verkehrsministerium gemeinsam mit Vertretern von LBV.SH, DEGES und Autobahn GmbH das Bauprogramm 2024 für die Verkehrsinfrastruktur öffentlich vorgestellt. Darüber hinaus verkündet der LBV.SH im Rahmen verschiedener Baumaßnahmen sukzessive weitere Erfolge und zeigt auf, dass die Sanierungswelle anrollt.

Inser Landesbetrieb hat letztes Jahr in Bundes-, Landes- und Kreisstraßen rund 255 Millionen Euro gesteckt, rund ein Viertel mehr als im Vorjahr", sagte Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen am 26. Februar bei der Pressekonferenz in Kiel. In die Autobahnen im norddeutschen Raum seien 2023 rund 215 Millionen Euro und damit ein Drittel mehr als noch 2022 investiert worden. "Und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir dieses Jahr einen Rekord-Betrag von über 400 Millionen Euro in Modernisierung und Erhalt unseres Verkehrsnetzes stecken werden – den Ersatzbau der Rader Hochbrücke nicht einmal mitgerechnet", so Madsen.

Diese Investition von über 400 Millionen Euro peilen LBV.SH, DEGES und Autobahn GmbH gemeinsam an. Darin enthalten sind rund 220 Millionen von der Autobahngesellschaft des Bundes für den Erhalt und Ausbau des norddeutschen Autobahnnetzes.



Ein ausgebauter Fahrradweg neben der Straße

Die Investitionssumme des Landesbetriebs liege bei rund 214 Millionen Euro. Dessen Direktor Frank Quirmbach setzt derzeit unter anderem auf die Erhaltung des knapp 3.700 Kilometer langen Landesstraßennetzes sowie den weiteren Ausbau der Bundesstraßen B 5, B 404 und die Ortsumgehung B 209. Ende März bekräftigte Madsen noch einmal die Investitionshöhen: "Bei allen Sparzwängen übertrifft unser Aufwand auch in diesem Jahr immer noch um ein Vielfaches die Summen, die noch vor 20 Jahren auf die Straßen gebracht wurden."

Gemeint sind damit vor allem die rund 98 Millionen Euro, die in Landestraßen (80 Mio. Euro) und 18 Radwege (neun Mio. Euro) fließen. Die Opposition kritisiert diese Investitionssummen als zu gering. "90 Millionen standen 2023 für die Sanierung der Landesstraßen zur Verfügung. In diesem Jahr sollen es nur noch 80 Millionen sein. Dabei

reichten selbst die 90 Millionen Euro nicht, um den Zustand der Landesstraßen dauerhaft zu sichern", so der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Niclas Dürbrook.

In dem Bauprogramm seien insgesamt 24 Landesstraßen-Projekte sowie neun Neubauten oder Instandsetzungen von Brücken enthalten. Der Rest entfalle auf vier Bundes- und 13 Kreisstraßen in der Zuständigkeit des LBV.SH, heißt es von Köster. Über diese und weitere geplante Baumaßnahmen informiert der LBV.SH online:

danord.gdi-sh.de



Von Seiten der Autobahn GmbH des Bundes liegt der Fokus unter anderem auf den folgenden Projekten: Ausbau der Bundesstraße B 404 zur Autobahn A 21, Fertigstellung der A 21 zwischen Klein Barkau und Stolpe in 2026 sowie Weiterbau der A 20, sobald das möglich ist. Herausragende Vorhaben der von Autobahn GmbH und Land beauftragten Projektmanagementgesellschaft DEGES sind vor allem der Neubau der Rader Hochbrücke, der Ausbau der Bundesstraße B 207 auf Fehmarn sowie die weitere Planung der Autobahn A 20.



#### Interview mit Wirtschafts- und Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen

## Wir sind nach wie vor auf Erhaltungskurs



Claus Ruhe Madsen bei der IHK-Veranstaltung "Northvolt trifft Wirtschaft" in Heide

Die Opposition hatte der Landesregierung angesichts der Haushaltskürzungen beim Straßennetz eine "Schlaglochoffensive" vorgeworfen. Sind wir noch auf Erhaltungskurs?

Madsen: Die Behauptung der Opposition ist schlicht falsch. Wir sind nach wie vor auf Erhaltungskurs – und zwar sehr klar. Zudem möchte ich bei allem Verständnis für schneidige Oppositions-Rhetorik dann doch einmal daran erinnern, dass gerade in den Jahren der SPD-geführten Koalitionen in diesem Land die Ursache für die heutigen Schlaglöcher gelegt wurde. Weil der Zustand der Straßen damals – zumindest oberflächlich – noch ganz akzeptabel schien, hat man schlicht zu wenig in die Tiefe geschaut und getan. Dabei wäre die vorbeugende Sanierung damals deutlich günstiger gewesen und es hätte sich nie ein Sanierungsstau von einer Milliarde Euro angehäuft.

Während wir heute trotz der schwierigen Haushaltslage pro Jahr immer noch die Rekordsumme von 80 Millionen Euro für Landesstraßen und neun Millionen für Radwege aufbringen, war dies Anfang der 2000er Jahre teilweise nicht mal ein Fünftel davon. Selbst wenn wir heute nur 70 Millionen Euro einsetzen würden, würde sich der Anteil der schlechten Straßen von 44.5 Prozent in 2022 auf rund 34,5 Prozent in 2030 und auf 27,5 Prozent in 2037 reduzieren. Zur Wahrheit gehört aber auch: Mitte der 30er Jahre wird sich der Anteil "sehr guter" zu nur "guten" Streckenabschnitten verschieben, wenn wir den Sanierungsaufwand nicht noch deutlich steigern.

Aber das alles hilft weder Autofahrerinnen und Autofahrern noch denen, die mit dem Rad unterwegs sind. Den angesichts des Jo-Jo-Winters sind die Schlaglöcher im Straßennetz momentan wirklich immens. Aber zusammen mit den Kreisen und dem Bund sind wir dran – dafür haben wir in den letzten Wochen unsere umfangreichen Bauprogramme in den einzelnen Landesteilen vorgestellt.

## Wie geht es mit der A20 weiter und für wann erwarten Sie die Fertigstellung?

Madsen: Die seit Jahren zuständige Projekt-Gesellschaft DEGES, die ja sämtliche früheren Planungen wegen der schwierigen ökologischen Rahmenbedingungen nochmal komplett neu aufgesetzt hat, ist auf einem guten Weg. Wir erwarten noch in diesem Jahr den neuen Planfeststellungsbeschluss für den A-20-Abschnitt bei Bad Segeberg und werden bis dahin auch den Antrag für ein so genanntes Planergänzungsverfahren für den Abschnitt zwischen Bad Segeberg und der A 7 einreichen.

Und Ende April hoffen wir dann für den beklagten Elb-Abschnitt der A 20 auf ein positives Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Man sieht: es tut sich was, aber klar ist auch – angesichts der juristischen Unwägbarkeiten ist eine seriöse Termin-Einschätzung nicht möglich. Mein Wunsch ist natürlich, dass wir in dieser Legislaturperiode im Abschnitt Bad Segeberg noch einen Spaten in die Erde bekommen.

Für die Northvolt-Ansiedlung in Heide müssen auch Infrastrukturmaßnahmen geschaffen werden, die in Ihrem Verantwortungsbereich liegen; in welcher Größenordnung stehen öffentliche Ausgaben an und von welchen könnten die Baubetriebe profitieren?

**Madsen**: Auch da muss ich um Verständnis bitten, dass ich ungern die Glaskugel bemühe. Wir alle wissen, dass Northvolt insgesamt 4,5 Milliarden Euro investieren will und 3.000 Arbeitsplätze plant. Rechnet man weitere Ansiedlungen rund um das Werk hinzu, gehen die Schätzungen in Richtung von über 10.000 Arbeitsplätzen.

Das heißt: Hier entsteht nicht nur eine Giga-Factory und damit enorme Wertschöpfung für die Baubranche, hier wird in erheblichem Maß auch Wohnraum entstehen, der wiederum Investitionen in der regionalen Wirtschaft auslösen wird – vom Einzelhandel bis hin zu Dienstleistungsbetrieben wie dem kleinen Friseur. Und nicht zu vergessen die Investitionen in Schienen, Straßen oder Radwege. Ich sage mal so: Die Bauwirtschaft dürfte absehbar das größte Stück des Kuchens abbekommen.

Welche öffentlichen Rahmenbedingungen oder Maßnahmen setzen Sie, um ausreichend Mitarbeiter in die Region zu bekommen?

Madsen: Die wesentliche Zuständigkeit für das Projekt liegt auf kommunaler Ebene – hier entsteht gerade ein Stadt-Umlandkonzept – aber natürlich begleiten wir Northvolt auch seitens des Landes intensiv. Neben den genannten Infrastrukturvorhaben geht es dabei unter anderem darum, Fachkräfte zu gewinnen. Dabei macht das schwedische Beispiel von "Northvolt Ett" mir Mut: Es war keineswegs so – wie es teilweise ja auch hier befürchtet wird – dass Fachkräfte aus benachbarten Betrieben abgeworben wurden, sondern die Magnetwirkung setzte europaweit ein.

Ich bin sicher, dass auch in Heide vor allem junge Menschen anklopfen werden, die schlicht Teil der Lösung des Klima-Problems sein wollen. Und um genau das reibungslos zu gestalten, haben wir ja im Dezember unser Welcome Center Schleswig-Holstein eröffnet.

#### Danke für das Interview.

Autorin/Interview: M.A. phil. Hilke Ohrt Pressesprecherin presse@bau-sh.de







#### Mit gesunden Arbeitnehmern auch durch schwierige Zeiten!

# Ausfallzeiten von durchschnittlich 5 Wochen/Jahr vermeiden und reduzieren!

Der Zusammenhang von Gesundheit und Wirtschaftlichkeit liegt im Betrieb nicht nur in den unmittelbar zu sparenden Kosten. Zu berücksichtigen sind auch die Kosten, die durch "organisatorische" Verluste, durch fehlende Motivation und geminderte Leistungsfähigkeit entstehen. Das gilt erst recht in diesen für die Bauwirtschaft bewegten Zeiten. Und ist gut für das Team und den Betrieb.

s ist deshalb für alle Baubetriebe von nachhaltigem Interesse, mögliche Handlungsbedarfe zum Beispiel für Ansatzpunkte einer gezielten betrieblichen Gesundheitsförderung aufzuzeigen.

#### Zahlen und Fakten der Innovationskasse (IK) aus 2023

71,7 Prozent der IK-versicherten Beschäftigten des Baugewerbes in Schleswig-Holstein waren mindestens einmal krankgeschrieben. Das ist jeder dritte Beschäftigte. Im Durchschnitt entfielen auf jeden Krankheitsfall mindestens 26,3 Krankheitstage im Jahr. Das sind fast fünf Arbeitswochen im Jahr.

## Welche Krankheiten führten zu den meisten Fehltagen?

An erster Stelle stehen die Muskel- und Skeletterkrankungen mit 27 Prozent. An zweiter Stelle stehen mit 23,7 Prozent Verletzungen und Vergiftungen als Ursache für Fehltage. Dabei waren die Verletzungen und Vergiftungen bei jüngeren Beschäftigten zwar häufiger, aber dafür von kürzerer Dauer

#### Gesundheit und Wirtschaftlichkeit

Insgesamt beliefen sich die Kosten für die Entgeltfortzahlungen der Baubetriebe der IK in Schleswig-Holstein bei einem Krankenstand von 7,2 Prozent in 2023 auf 17.968.900,00 Euro, für die Kosten der Entgeltzahlung wurden hierbei 100 Euro pro Tag veranschlagt. Hinzu kommen Zeiten für die Umorganisation von Terminen, Mehrbelastungen anderer Kollegen, etc.

2021 und 2022 lag der Krankenstand der Baubetriebe in Schleswig-Holstein noch bei 4,9 Prozent. Das hat Gründe, die wir zusammen mit Ihnen lösen können.

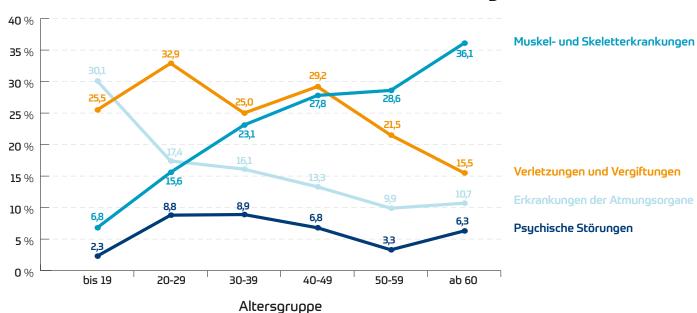
Doch wie gelingt es, kranken Mitarbeitern zu helfen, schneller wieder gesund oder vielleicht gar nicht erst krank zu werden?

90 Prozent aller Krankheiten der heutigen Zeit sind ernährungsbedingt. 80 Prozent aller Muskel- und Skeletterkrankungen haben als Ursache Spannungen im Gewebe. Wir empfehlen mit Blick auf das Verhalten der Bauleute verhaltenspräventive Maßnahmen und werden Sie mit kreativen Ideen dabei unterstützen, das Gesundsein selbst zu begleiten.

Dabei steht Ihnen das Team Kontaktmanagement Handwerk der IK gerne zur Seite, zum Beispiel durch:

- Beratung zu Umlagesätzen und Kosten für Sie als Arbeitgeber durch Arbeitsunfähigkeiten der Mitarbeiter sowie Kosteneinsparungsmöglichkeiten (s.u.).
- Ideen und Maßnahmen zum Arbeits- und Erkältungsschutz besonders für die jün-

### Welche Krankheiten führten zu den meisten Fehltagen?





geren Mitarbeiter. Auf https://www.die-ik. de/meisterdeinegesundheit stellen wir Ihnen das arbeitnehmerfreundliche Programm gesuna@work vor.



wendung, mit der Sie zeit- und ortsunabhängig für Ihre Gesundheit aktiv sein können. Es ist speziell für das Bauhandwerk geschrieben worden. Mit praktischen Bewegungs- und Ernährungstipps für die Pause am Arbeitsplatz. Von Profis für Profis. Die IK hat für die ersten 5 Nachmacher bei den Ernährungstipps (Fotonachweis)

sogar das passende Be-

hältnis für Sie.





me? Fragen Sie uns gerne an.

#### Noch nicht das passende Gerät parat? Kein Problem

Mit dem Technikbonus der IK bekommen Sie das Tablet oder Smartphone gleich dazu. Alle wichtigen Informationen dazu finden Sie hier: https://www.die-ik.de/leistungena-bis-z/bonusprogramm.



Und wir können und wollen noch besser werden. Mit jedem Euro, den wir nicht ausgeben, bauen wir weiter an den guten Leistungen für Sie. Denn mit einer Verringerung des Krankenstandes um 0,5 Prozentpunkte ließen sich Kosten in Höhe von 1.247.800 Euro einsparen. Lassen Sie uns das gemeinsam angehen!

#### Noch eine kreative Idee!? Wir machen das - schon jetzt

## Sonnenschutz ist clever! Meister deine Gesundheit mit der IK

C ie kommt. Die Sonne. Mit oder wegen Oder Klimaerwärmung. Wie jedes Jahr. Unvermeidbar. Deshalb haben wir für alle Baubetriebe, deren Mitarbeiter vorwiegend im Freien arbeiten, ein neues Sonnenschutz-Paket geschnürt. Das Sonnenschutz-Paket der Innovationskasse enthält wertvolle Tipps und auch gleich das notwendige Handwerkszeug für Sie und Ihre Mitarbeiter. Prima Ergänzung zu den Empfehlungen Ihrer BG Bau. Hauptsache gesund! Nach dieser Devise setzt sich auch die IK für umfassende Information und Prävention ein. Über den gesetzlichen Rahmen hinaus



bietet sie ihren Versicherten ein regelmäßiges Hautkrebs-Screening an. Mit Blick auf Ihre Beiträge für diese Berufskrankheit bei

der BG Bau im Wortsinne einfach geldwert! Bei Interesse schreiben Sie uns eine Mail an Handwerk@die-ik.de mit dem Betreff: "clever Sonnenschutz" und wir lassen Ihnen zeitnah ein für Sie kostenfreies Sonnenschutzstarterpaket zukommen.

**Ann-Cathrin Schareck** Telefon: 0431 66025-20 ann-cathrin.schareck@ die-ik.de





## Northvolt: Die Giga-Fabrik kommt

Entwicklung der Region Heide bietet Potenzial



Northvolt Drei, Heide

Der Bau der neuen Northvolt-Gigafabrik bei Heide ist dieses Frühjahr gestartet. Für die Region und Schleswig-Holstein gesamt werden viele positive Effekte vorausgesagt. Auch Bauunternehmen können profitieren.

It einem gemeinschaftlichen Druck auf den Baustart-Buzzer haben die Botschafterin von Schweden in Deutschland, Veronika Wand-Danielsson, Bundeskanzler Olaf Scholz, Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther, Northvolt-CEO Peter Carlsson und Northvolt-Drei-CEO Christofer Haux den symbolischen Spatenstich für die Northvolt-Fabrik bei Heide in Dithmarschen getan. Viel Prominenz war damit zugegen, denn die Bedeutung des Northvolt-Projektes reicht weit über Schleswig-Holstein hinaus.

Profitieren werden hiervon zum einen die ganze Welt, sprich das Klima und die Fahrer von

E-Fahrzeugen, zum anderen die heimische E-Automobilindustrie und vor allem auch die Region. Das 2016 als Start-up gegründete Unternehmen Northvolt hat seinen Hauptsitz in Stockholm; es unterhält mittlerweile neben weiteren Standorten eine Produktionsstätte und ein Entwicklungszentrum in Schweden, ein Montagewerk in Polen und eine Gigafactory in Kanada. Northvolt Drei, westlich von Heide, soll - mit erneuerbarer Energie betrieben - genügend grüne Batterien produzieren, um eine Million Elektrofahrzeuge zu versorgen. Hierfür bietet der Standort mit viel Windenergie einen starken Standortvorteil. Zudem soll eine Anlage zum Recycling von Altbatterien entstehen.

"Für die Region bedeutet das ein Wertschöpfungspotenzial von einer Milliarde Euro pro Jahr", so Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen bei der von der IHK initiierten Veranstaltung "Wirtschaft trifft Northvolt". Dabei gehe es nicht nur um Einnahmen aus Steuern und die 3.000 direkten Arbeitsplätze im Werk. Es bestehe Option auf langfristig 12.000 Arbeitsplätze durch weitere Ansiedlungen.

Uwe Mantik, Büroleiter der CIMA Beratung + Management GmbH, weiß aus praktischer Erfahrung, dass gut vorbereitete Regionen bessere Chancen auf einen Ansiedlungserfolg haben. In Unterstützung der Entwicklungsagentur Region Heide werden für den bevorstehenden regionalen Zuwachs die nötigen Vorbereitungen getroffen: für den Wohnungsbau und die Wohnbauflächenentwicklung, die Gewerbe- und Industrieflächenentwicklung sowie die Auswirkungen im Bereich Natur, Landschaft, Erholung.

Denn gebraucht werden mehr Wohnraum, mehr Handel, neue Gewerbeflächen für Betriebserweiterungen ansässiger Unternehmen sowie Neuansiedlungen, Schulen, Kindergärten sowie viele weitere Bereiche der Infrastruktur und Daseinsvorsorge. "Wir werden viel mit lokalen Unternehmen durchführen", sagt Christofer Haux, CEO von Northvolt Drei. Die Entwicklungsagentur nimmt Dienstleistungsangebote von Betrieben auf und leitet sie an Northvolt weiter (www.region-heide.de). Northvolt hat zudem einen Marktplatz eingerichtet: Wer an einer Zusammenarbeit interessiert ist, kann sich hier online eintragen:

northvolt.typeform.com/marktplatz



## **Northvolt-Interview**

## Drei Fragen an Martin Höfelmann, Director Communication and Public Affairs bei Northvolt

Können Sie uns grob sagen, in welchen Bereichen sich im Rahmen der Northvolt-Ansiedlung Aufgaben und möglicherweise Aufträge für unsere Bauunternehmen aus Schleswig-Holstein ergeben?

**Höfelmann**: Wir sind bereits seit einiger Zeit auf der Fläche tätig, primär um die Baustelle einzurichten, aber auch um vorbereitend tätig zu werden, etwa indem wir eine Gaspipeline in den Randbereich unserer Fläche verlegen. Bereits jetzt kommen dabei Firmen aus dem Norden zum Einsatz.

Das wird sicherlich auch zukünftig so sein, etwa bei Baustellenbedarf und -errichtung, Tiefbau und Elektroversorgung. Später stehen die Bereiche Hochbau, wie Kran- und Betonarbeiten, Elektro- und Anlageninstallation, Metallbau, Transport und Logistik im



Fokus. In unserem Online-Formular Northvolt Germany Marktplatz, über das sich an einer Zusammenarbeit interessierte Unternehmen registrieren können, führen wir all diese Bereiche auf.



Werden diese Aufträge ausgeschrieben oder welche Möglichkeiten gibt es für die Betriebe, sich für diese zu bewerben oder sich zu akkreditieren?

Höfelmann: Bei Northvolt setzen wir auf wettbewerbsorientierte Ausschreibungsverfahren. Wir arbeiten aktiv mit unserer Lieferkette zusammen, um gemeinsam den Markt und potenzielle Unternehmen zu analysieren. Dabei setzen wir den Schwerpunkt auf möglichst regionale Partner. Wir berücksichtigen dabei auch die Registrierungen über unseren Marktplatz und prüfen im Detail, ob die Unternehmen in unsere Lieferkette passen.

Darüber hinaus führen wir ein strenges Prä-Qualifizierungsverfahren durch, um sicherzustellen, dass wir die richtigen strategischen Partner finden: Unternehmen, die die passenden Fähigkeiten mitbringen und gut zu unserer ambitionierten Mission passen. Sie benötigen viele Mitarbeiter für Ihre Fabrik. Regionale Betriebe befürchten möglicherweise Konkurrenz auf dem engen Fachkräftemarkt. Wo wollen Sie diese Mitarbeiter anwerben?

Höfelmann: Unsere Erfahrung mit unserer ersten Fabrik in Skellefteå in Nordschweden zeigt, dass die lokale Wirtschaft sehr von der Ansiedlung profitiert. Viele Mitarbeitende kommen mit ihrer Familie und bringen so weitere Arbeitskräfte in die Region. Aktuell pendeln zudem Tausende von Menschen aus Dithmarschen und benachbarten Kreisen nach Hamburg, weil es vor Ort keine Arbeit für sie gibt. Diese Pendlerinnen sowie Pendlern und auch Menschen aus Schleswig-Holstein, die für eine berufliche Perspektive in den Süden Deutschlands gezogen sind, haben dank der Northvolt-Ansiedlung in Dithmarschen die Aussicht auf einen Job in der Heimat.

Aber natürlich werden wir auch deutschlandweit und international passende Mitarbeitende rekrutieren. Auch das ist wiederum eine Chance für die Entwicklung der Region. Darüber hinaus kooperiert Northvolt mit Universitäten sowie Hochschulen und entwickelt gemeinsam mit einem Konsortium im Projekt QuWLIB Qualifizierungskonzepte, um die Anzahl der Fachkräfte im Bereich der Lithium-Jonen-Batterien zu erhöhen.

Danke für das Gespräch.

Autorin/Interview
M.A. phil. Hilke Ohrt
Pressesprecherin
presse@bau-sh.de



to. Pat Scheidemann

#### Sag mal, wie machst du das eigentlich?

## Mitgliedertag des HBZ\*Nord



Geballte Power beim HBZ\* Mitaliedertaa

Am 16. Februar 2024 war es wieder soweit. Das HBZ\*Nord hatte bereits zum 7. Mal zum traditionellen Mitgliedertag "Von Uns für Uns" geladen. Diesem Ruf folgten die Mitglieder so zahlreich auf den schleswigholsteinischen Aschberg in Ascheffel, dass der Raum bis auf den letzten Platz gefüllt war.

Der Geschäftsleiter des Holzbauzentrum\*Nord, Dipl.-Ing. Erik Preuß, begrüßte die Teilnehmer und freute sich, wieder so viele vertraute, aber auch neue Gesichter zu sehen: "Der offene Austausch unter den Kollegen ist super wichtig und wird hier ganz offen gelebt." Dazu Arndt Pa-

penhagen von der Zimmerei Papenhagen: "Es ist eine tolle, aufgeschlossene Runde heute hier. Ich kenne nicht alle, aber es ist schön wie sich alle hier austauschen."

Den Auftakt des Kollegenaustausches machte Gerald Wittenberg von der Zimmerei Arp mit einem Vortrag zum Thema "Durchblick im Förderdschungel?! BEG-Stand heute". Ein sehr aktuelles Thema, das viel Gesprächsstoff bot und zu zahlreichen Fragen und zu intensiven Diskussionen bei den Teilnehmern führte. Dazu Arndt Papenhagen noch einmal: "Beim Vortrag von Gerald Wittenberg erstaunte mich, wie gut sich viele Kollegen im Förderdschungel

auskennen." Ergänzend merkte Matthias Hauschildt von der Holzbau Hauschildt GmbH an: "Die Förderbedingungen ändern sich so häufig, dass selbst wir als Fachleute den Überblick verloren haben, was aktuell gilt. Wie soll der Laie da durchblicken? Viele unserer Kunden sind verunsichert und warten lieber ab, anstelle in einen Neubau oder die energetische Sanierung ihrer Immobilie zu investieren."

"Eins steht fest: Das Thema hat meiner Einschätzung nach Potenzial. Aus den vielen Rückmeldungen konnte ich entnehmen, dass eine grundlegende Bereitschaft besteht, dem Energieeffizienzexperten zuzu-



WOHNUNGSBAU



Der HBZ\* Mitgliedertag bringt Durchblick in den Förderdschungel



Reger Austausch unter den Kollegen

>>> arbeiten und somit die Beste Variante aus dem Förderdschungel für den Kunden herauszufiltern", resümierte Referent Gerald Wittenberg.

> Nach der Pause und dem nun schon traditionellen Gruppenfoto auf dem Balkon, berichtete Geschäftsleiter Erik Preuß wieder allgemein über technische Neuigkeiten aus dem Holzbau und speziell über Neuigkeiten aus dem HBZ\*. So z.B. das Highlight des laufenden Jahres den 12. Norddeutschen Holzbautag mit Verleihung des Holzbaupreis 2024 für Schleswig-Holstein und Hamburg am 23. April 2024 in Neumünster.

> Zimmermeister Michael Schönk, Leiter der Landesfachgruppe Zimmerer und Holzbau und langjähriges Vorstandsmitglied von Holzbau Deutschland, begrüßte die Teilnehmer ebenfalls und berichtete über Neuerungen des Bundesverbandes Holzbau Deutschland und dessen wichtige techni-



Michael Schönk berichtet über die Aktivitäten von Holzbau Deutschland

sche Arbeit, beispielsweise über die Neuerungen bei der ATV DIN 18334:2023-09 für Zimmerer- und Holzbauarbeiten.

Ein tolles Lob kam am Ende von Markus Benckert von der Zimmerei Willers: Er war zum ersten Mal auf dem ERFA-Tag und schloss mit dem Statement: "Tolles Format, ich komme gerne wieder." Und so soll es auch sein: Die Mitgliedertage in diesem offenen Austauschformat werden fortgesetzt.

Dipl.-Ing. Erik Preuß Geschäftsleiter HBZ\*Nord preuss@hbz-nord.de





## Tagung der Landesfachgruppe Massiv-Bau

Treffen am 7. März 2024 in Kiel



Die Teilnehmer



Hans-Hermann Lausen

Die Frühjahrstagung der Landesfachgruppe Massiv-Bau startete mit einem Personalthema: Wie werden Mitarbeiter motiviert und erfolgreich an das Unternehmen gebunden? Hans-Hermann Lausen, Fachkräfteberater der Handwerkskammer Flensburg, gab Hinweise zur Analyse der Ist-Situation im Betrieb, zeigte Faktoren zur Motivation sowie Demotivation auf und berichtete über das Erfolgsmodell zur Mitarbeiterbindung, die sog. Führungswerkstatt. Betonspezialist Dipl.-Ing. Volker Witt, Ge-

schäftsführer der FRITZ WITT Betonwerke GmbH & Co. KG, informierte über die Betonbauqualitätsklassen (BBQ) nach der neu eingeführten DIN 1045-1000. Die BBQ definieren schnittstellenübergreifend unterschiedliche Anforderungen an Betonbauwerke (normal, erhöht, speziell) in technischer Hinsicht und hinsichtlich der erforderlichen Kommunikation, um die Qualität sicherzustellen. Tabelle 2 der DIN 1045-1000 beinhaltet die Zuordnung der Anwendungsfälle je nach Anforderung. An-

hang A betrifft den Kommunikationsprozess bei erhöhten und speziellen Anforderungen. Weiter berichtete der Referent über Grundlagen und Verfügbarkeit von Beton mit rezyklierter Gesteinkörnung (R-Beton). Zum Abschluss seines Vortrags gab er einen Überblick zu den Beton-Expositionsklassen gemäß DIN EN 206 und DIN 1045-2. Diese Klassen unterscheiden die unterschiedlichen Einwirkungen auf die Bewehrung und die Betonoberfläche.



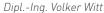
Dipl.-Ing. Joachim Grodt vom TÜV SÜD rundete den "Betontag" ab. Er referierte zur notwendigen Zertifizierung nach der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) für Betonbauwerke mit wasserrechtlichen Anforderungen, beispielsweise landwirtschaftliche Bauten.

Hinweis: Die nächste Tagung der Landesfachgruppe Massiv-Bau findet im Rahmen der NordBau statt, am Donnerstag, dem 5. September 2024.

Autor RA Ralf Schneider Geschäftsführer r.schneider@bau-sh.de









Dipl.-Ing. Joachim Grodt

## Frühjahrstagung der Landesfachgruppe Fliesen und Naturstein

Treffen am 15. März 2024 in Bargteheide



Gruppenbild

Die Frühjahrstagung fand auf Einladung der Normann Fliesenverlegegesellschaft mbH in Bargteheide statt und war mit 40 Teilnehmern wie gewohnt sehr gut besucht.

Nach der Betriebsvorstellung durch Diana Vos, Fliesenfachberaterin der Firma Normann, stellte Fachgruppenleiter Karsten Tiedemann das überarbeitete Merkblatt Außenbeläge vor. Anschließend berichtete sein Vertreter Mike Schelle über praktische Erfahrungen mit einer Kontrolle durch die staatliche Arbeitsschutzbehörde. Diese prüfe penibel nicht nur Gefährdungsbeurteilungen, sondern auch die Daten der Maschinen, das Müllkonzept und die Müllentsorgung vor Ort. Es sei ratsam, sich gründlich auf die angekündigte Prüfung vorzubereiten, ggf. unter Hinzuziehung einer Fachkraft für Arbeitssicherheit.

Wolfram Kroker von der Handwerkskammer Lübeck referierte zum aktuellen Stand der verpflichtenden Einführung elektronischer Rechnungen. Ab 2027 sei die elektronische Rechnungslegung im unternehmerischen Rechtsverkehr verpflichtend, 2026 verbleibe die Wahlmöglichkeit nur für Betriebe mit einem Vorjahresumsatz unter 800 TE. Die Teilnehmer diskutierten in diesem Zusammenhang die vor allem unter Architekten verbreitete Angewohnheit, in den Rechnungen selbst Korrekturen vorzunehmen. Die Praxis wird sich auch in dieser Hinsicht umstellen müssen. Herr Kroker stellte ergänzend das Landesprogramm "Förderung von Digitalisierungsmaßnahmen in kleinen Unternehmen" vor. Diese bestehe aus zwei





Die Teilnehmer



Praktische Vorführung mit Stefan Pein und Matthias Oehlmann von der Sika Deutschland GmbH

Modulen, nämlich Beratung und Umsetzung, die miteinander verknüpft seien.

Neele Tiedemann gab einen Überblick zu Social-Media-Plattformen und Möglichkeiten der Nutzung zur Werbung für das eigene Unternehmen.

Der Schwerpunkt des Tages lag auf Sonderkonstruktionen zur Vermeidung kapillarer Feuchtigkeitsschäden und Leichtestrichsystemen. Stefan Pein erläuterte Details und wesentliche Vorteile, vor allem geringes Flächengewicht, schnelle Belegreife und geringe Aufbauhöhe. Der praktische Einsatz wurde anschließend vorgeführt.

Autor RA Ralf Schneider Geschäftsführer r.schneider@bau-sh.de





Karsten Tiedemann mit Referentin (und Tochter) Neele



## Deutscher Obermeistertag in Berlin



Schleswig-Holsteiner beim Obermeistertag: (v.l.n.r.) aus dem Vorstand des BGV SH Norbert Lanz, Broder Ingwersen, Thorsten Freiberg, aus dem Vorstand von Holzbau Deutschland Michael Schönk

er 17. Deutsche Obermeistertag, der am Vorabend des 125. Jahrestages des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe am 14. März in Berlin stattfand, versammelte rund 500 Teilnehmer aus der Baubranche.

Ein zentrales Thema war die anhaltende Wohnungsbaukrise. Wolfgang Schubert-Raab, der Präsident des Zentralverbands, wies darauf hin, dass seit dem letzten Obermeistertag im September 2023 und dem Wohnungsbaugipfel im Kanzleramt 176 bzw. 177 Tage vergangen waren. Trotz vereinbarter Maßnahmen zur Unterstützung des Wohnungsmarktes sei die Umsetzung der Beschlüsse noch ausstehend. Die schlechte Lage im Wohnungsbau erfordere dringend weitere Schritte.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Sozialpartnerschaft im Baugewerbe. Andrea Nahles, Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, lobte in ihrer Rede die langjährige Sozialpartnerschaft im Baugewerbe und betonte die Bedeutung des Sozialkassenverfahrensicherungsgesetzes (SokaSiG) sowie des Saison-Kurzarbeitergeldes, die sie beide als Ministerin unterstützt hatte. Sie versicherte den Teilnehmern des Obermeistertags ihre fortwährende Unterstützung für die Bauwirtschaft zu. Auch die Fachkräftesicherung stand im Fokus, wobei Maßnahmen wie intensivierte Berufsberatung und Förderung von Ausbildungsmöglichkeiten thematisiert wurden.

Sodann wurden die politischen Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft diskutiert. Vertreter aus Bund und Ländern tauschten sich über Gesetzesvorhaben und Investitionen aus, um die Herausforderungen der Branche anzugehen. Dabei wurden sowohl die Wohnungsbaukrise als auch Fragen zur Infrastruktur und zum Ressourcenmanagement angesprochen.

Weitere Themen waren der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) im Baubereich sowie als Best-Practice-Beispiel aus der Verbands- und Innungsarbeit die zielgerichtete Nachwuchs- und Mitarbeitergewinnung. Zum Abschluss des Obermeistertags wurde die Bedeutung der Verbandsarbeit betont. Wolfgang Schubert-Raab unterstrich die Notwendigkeit, die Anliegen der Bauwirtschaft weiterhin in die Politik zu tragen und den Dialog zwischen Industrie und Regierung zu fördern.

Insgesamt bot der Obermeistertag auch in diesem Jahr eine Plattform für interessante Vorträge, Diskussionen und den Austausch unter Fachleuten. Auch zahlreiche Vertreter aus Schleswig-Holstein haben daran und an den Feierlichkeiten zum Jubiläum "125-Jahre Zentralverband Deutsches Baugewerbe" am folgenden Tag teilgenommen.

Redaktion BAU AKTUELL

## SaisonKuG in KrisenKuG ummünzen

ie Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, hatte angeregt, ein Krisen-Kurzarbeitergeld, ähnlich dem SaisonKuG, zu entwickeln, das schnell und unbürokratisch ausgezahlt werden könnte. In ihrer Rede auf dem Obermeistertag in Berlin am 14. März in dieser Sache den versammelten Bauunternehmern erneut ihre Unterstützung zugesagt.

Der Zentralverband Deutsches Baugewerbe hatte gemeinsam mit den anderen Sozialpartnern des Baugewerbes den Vorschlag bereits im Dezember 2023 dem BMAS auf Fachebene vorgestellt und auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil kurzfristig um ein Spitzengespräch gebeten.



Andrea Nahles hält eine Rede beim Obermeistertag

Der ZDB-Vorschlag sieht vor, im Kalenderjahr 2024 im Baugewerbe auch außerhalb der SaisonKuG-Zeiten eine Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge bei konjunktureller Kurzarbeit vorzunehmen. Eine Finanzierung dieser zusätzlichen Ausgaben soll dabei aus der aufgelaufenen Rücklage der Winterbeschäftigungsumlage des Baugewerbes erfolgen. Die Rücklage weist einen außerordentlich hohen Bestand aus, da auch das Baugewerbe während der Corona-Zeit von der Regelung profitieren konnte, die hatte zum Aufbau einer sehr hohen Rücklage geführt.

Gerade im Hinblick auf die Situation im Wohnungsbau würden erleichterte Regelungen zum KuG-Bezug die betroffenen Baubetriebe entlasten. Zu Redaktionsschluss lag noch keine Entscheidung der Leitungsebene des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vor.

Redaktion BAU AKTUELL



## Großes Jubiläum in Berlin

#### 125 Jahre Zentralverband Deutsches Baugewerbe



ZDB-Präsident Schubert-Raab und ZDB-Hauptgeschäftsführer Fritz Pakleppa begrüßen Bundeskanzler Olaf Scholz



Berlins Bürgermeister Kai Wegner, Bundesbauministerin Klara Geywitz und ZDB-Hauptgeschäftsführer Fritz Pakleppa

Die Jubiläumsfeier des Zentralverbandes Deutsches Baugewerbe am 15. März 2024 im Humboldt Forum in Berlin stand unter dem Motto "Wir bauen Zukunft. Seit 125 Jahren."

er Verband feierte sein 125-jähriges Bestehen, ein bedeutender Meilenstein für den ältesten und größten Mitgliedsverband Deutschlands sowie einen der ältesten Tarifverbände. ZDB-Präsident Wolfgang Schubert-Raab begrüßte die gut 400 Gäste, darunter Bundeskanzler Olaf Scholz und andere prominente Persönlichkeiten.

Bei der Eröffnung der Feierlichkeiten betonte er die Bedeutung des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes als Botschafter der Bauwirtschaft seit 125 Jahren. Er hob hervor, dass der Verband seit seiner Gründung im Jahr 1899 eine führende Rolle bei der Gestaltung der Tariflandschaft und der Entwicklung der Bauwirtschaft in Deutschland gespielt hat.

Bundeskanzler Olaf Scholz würdigte in seiner Festrede die Sozialpartnerschaft als Fundament der Sozialen Marktwirtschaft und betonte die große Bedeutung der kleinen und mittelständischen Unternehmen der deutschen Bauwirtschaft. Er versprach Investitionen, Förderungen und beschleunigte Bauprozesse, insbesondere im Wohnungsbau, um den aktuellen Herausforderungen entgegenzuwirken. Mit Blick auf die heutige Situation insbesondere im Wohnungsbau machte der Kanzler Hoffnungen auf ein Ende der Talfahrt und eine Stabilisierung der Baukonjunktur, auch durch nachlassende Materialkosten und sinkende Zinsen. Da nach wie vor viele, und vor allem bezahlbare Wohnungen gebraucht würden, setze die Bundesre-



IG Bau-Bundesvorsitzender Robert Feiger

gierung vor allem auf drei Wege: "Wir investieren, wir fördern, und wir machen Tempo", versprach der Regierungschef.

Kai Wegner, der regierende Bürgermeister von Berlin, bekannte sich zur Bauwirtschaft und unterstrich die Notwendigkeit einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft, um die Herausforderungen im Wohnungsbau anzugehen. Er kündigte konkrete Maßnahmen an, um Bauprozesse zu beschleunigen und mehr Wohnraum zu schaffen, beispielsweise das neue ein Schneller-Bauen-Gesetz

Schubert Raab äußerte Kritik an der Politik forderte konkretes Handeln zur Lösung der aktuellen Probleme im Wohnungsbau. "Wir brauchen den Gesetzgeber, der Ziele und Leitlinien formulieren muss. Wichtig ist aber, dass die Wege dorthin technologieoffen und in der Verantwortung der Experten bleiben. Lasst uns doch einfach machen!", so der ZDB-Präsident.

Bundesbauministerin Klara Geywitz gratulierte zum Jubiläum und unterstrich die Bedeutung der Bauwirtschaft für die wirtschaftliche Entwicklung. "Die Bauwirtschaft muss wieder in Gang kommen, dann folgt der Rest von allein", sagte Geywitz. Schließlich machten Bauinvestitionen 54 Prozent der Gesamtinvestitionen aus. Sie forderte konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Bauwirtschaft, wie Standardabsenkungen und Förderinstrumente.

Robert Feiger, Bundesvorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, hob die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Bauverband und Baugewerkschaft hervor und betonte die Wichtigkeit stabiler tariflicher Vereinbarungen für die Branche. "Eine gute Zusammenarbeit kann mit einem guten Willen auf beiden Seiten gelingen", so Feiger. Er biete das an.

Des Weiteren präsentierten sich Vertreter aus dem Nationalteam Deutsches Baugewerbe als Botschafter für Nachwuchskräfte und als Aushängeschild der Branche, die durch Spitzenleistungen in verschiedenen Bauberufen glänzt.

Der Bauwirtschaft werde weiterhin eine entscheidende Rolle für die Zukunft des Landes spielen, so das Fazit des Gastgebers. Eine Zusammenarbeit zwischen Politik, Gewerkschaften und Verbänden sei unerlässlich, um die aktuellen Herausforderungen anzugehen und die Zukunft der Bauwirtschaft zu gestalten.

#### Autorin M.A. phil. Hilke Ohrt Pressesprecherin presse@bau-sh.de











#### Das Zertifikat der Deutschen Bauwirtschaft

- → für nachgewiesene Fachkompetenz am Bau,
- > für Nachhaltigkeit nach einheitlichen Kriterien,
- → für Klimaschutz auf der Höhe der Zeit.
- → als Orientierung für Auftraggeber,
- → mit vielen Wettbewerbsvorteilen.



Meisterhaft. Das Siegel der Deutschen Bauwirtschaft.

In unserer Datenbank werden Meisterbetriebe eingetragen und online beworben.



Die Bauwirtschaft im Norden

Hopfenstr. 2e ■ 24114 Kiel www.bau-sh.de

## Gute Gespräche und Mahnungen an die Politik

#### Parlamentarischer Abend von Handwerk Schleswig-Holstein







Teilnehmer aus Politik und Wirtschaft

Turnusmäßig fand der traditionelle parlamentarische Abend von Handwerk Schleswig-Holstein während der Sitzperiode des Landtags am 20. März in Kiel statt.

ach einem Bekenntnis des Handwerks zu Demokratie und Offenheit machte Vize-Präsident Björn Felder in seiner Begrüßungsrede klare Positionen gegenüber den Parlamentariern deutlich. Er betonte die Notwendigkeit von Reformen auf verschiedenen Ebenen, angefangen bei Steuerfragen über Bürokratie bis hin zum Arbeitskräftemangel. Nur durch solche Reformen könne die Wirtschaftstransformation erfolgreich sein, wobei auch starke und wettbewerbsfähige Unternehmen aus dem Handwerk eine wichtige Rolle spielten. Dabei betonte er: "Die Politik braucht uns für die Umsetzung und wir brauchen die Politik für die Rahmenbedingungen."

Die anschließende Talkrunde wurde von Marcel Müller-Richter, Geschäftsführer Handwerk Schleswig-Holstein, moderiert und umfasste Thorsten Freiberg, Präsident von Handwerk SH und Vorstandsvorsitzender des Baugewerbeverbandes SH, Tobias von der Heide, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Nina Eskildsen, Präsidentin des Kfz-Gewerbes SH, und Lars Krückmann, Obermeister der Sanitär-, Heizung- und Klima-Innung Segeberg. Hier wurden die Rahmenbedingungen für

das Handwerk aus Unternehmersicht diskutiert. Thematisch wurden insbesondere der Ausbau und die Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur, die Herausforderungen angesichts der Haushaltslage, die Bürokratie und die hohen Standards im Wohnungsbau erörtert. Ein weiteres wichtiges Thema war die Ansiedlung von Northvolt, die größtenteils positiv bewertet wurde.

Nicht nur aufgrund dieser Industrieansiedlung wurde der Fachkräftebedarf intensiv diskutiert. Es wurde betont, dass die Politik endlich Maßnahmen ergreifen müsse, um Fachkräfte aus dem Ausland oder anderen Branchen ins Land zu holen bzw. die Bedingungen dafür zu schaffen. Abschließend stellte Freiberg fest: "Wir wünschen uns den Dialog mit der Politik. Fragen Sie uns, wir antworten gerne." Damit könnte die Politik aus theoretischen Erkenntnissen heraus endlich ins Handeln kommen.

Im Anschluss an Talkrunde und Reden fand die feierliche Übergabe der Meisterstipendien statt

#### Meisterstipendien vergeben

Beim Parlamentarischen Abend von Handwerk SH wurden für dieses Jahr fünf Stipendien vergeben, darunter auch an zwei Junggesellen aus dem Bauhauptgewerbe: Luca Matthiesen, Zimmerer von der

Zimmerei Peter Paulsen aus Niebüll, und Momme Rasch, Maurer vom Baugeschäft Oldsen aus Tarstedt. Die Ehrungen wurden vom Vorstandsvorsitzenden des Fördervereins, Hans Christian Langner, sowie von der Schirmherrin, der Landtagspräsidentin Kristina Herbst, vorgenommen, während Gratulationen vom Vorstandsvorsitzenden des Baugewerbeverbands, Thorsten Freiberg, überbracht wurden.

Der Verein zur Förderung des Schleswig-Holsteinischen Handwerks unterstützt mit einem Meisterstipendium die Meisterfortbildung von Handwerksgesellen. Im Rahmen der beruflichen Aus- und Fortbildung steht die Förderung von talentierten Junghandwerkern immer im Mittelpunkt. Darüber hinaus bietet der Verein kurzfristige und spontane Hilfe, wenn sie benötigt wird.

Die beiden Stipendiaten freuen sich über die finanzielle Unterstützung für ihre berufliche Weiterentwicklung und dienen gleichzeitig als Vorbild dafür, dass eine Karriere im Handwerk erstrebenswert ist und der Meisterabschluss angestrebt werden sollte. Dies rundete den Abend ab, in dem die vorherigen Redner die Gleichwertigkeit von Handwerksausbildung und Studium betont hatten.

#### Redaktion BAU AKTUELL



Podiumsdiskussion: (v.l.n.r.) Marcel Müller-Richter, Thorsten Freiberg, Tobias von der Heide, Nina Eskildsen, Lars Krückmann



(v.l.n.r.) Thorsten Freiberg, Luca Matthiesen, Kristina Herbst, Hans-Christian Langner, Momme Rasch



## Handwerk überreicht Petition

ax-Uwe Johannsen, Delegierter zur Kreishandwerkerschaft und stv. Obermeister der Innung des Baugewerbes Dithmarschen, hat einen Ordner mit einem Forderungspapier und hunderten Unterschriften an Bauministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack übergeben.

Die Unterschriften verdeutlichen, dass das gesamte Handwerk in Dithmarschen stark von den aktuellen Sorgen und Nöten betroffen ist, die viele Menschen und Branchen in unserem Land bewegen. Sie fordern verlässliches Handeln von Seiten der politisch Verantwortlichen und appellieren für den Erhalt der Betriebe. Auch anwesend war Thorsten Freiberg, Präsident von Handwerk Schleswig-Holstein e.V. und Vorstandvorsitzender des Baugewerbeverbandes Schleswig-Holstein.



## Kleine Hände, große Zukunft

n ihrer Überbetrieblichen Ausbildungsstätte Bau in Bad Segeberg hat die Kreishandwerkerschaft Mittelholstein ganz besondere Gäste willkommen geheißen: 18 Kinder aus der Kindertagesstätte "Kleine Strolche". Unter fachkundiger Anleitung von Ausbilder und Zimmerermeister Sven-Ole Bastian ging es voller Tatendrang an das Bauen von Vogelhäuschen und unter der Anleitung von Ausbilder und Maurermeister Bruno Deutschmann und Lehrlingen sammelten die kleinen Handwerker wertvolle Erfahrungen im Maurerhandwerk. Diese besondere Begegnung fand im Rahmen des Kita-Wettbewerbs "Kleine Hände, große Zukunft" vom AMH (Aktion Modernes Handwerk) statt (www.amh-online.de/kita-wettbewerb).

## Handwerk fordert Realitätscheck

Bürokratiemonster, Energiepreise, Lehrlingsmangel und eine realitätsferne Bundespolitik im Schlingerkurs waren Themen beim 45. Neujahrsempfang der Kreishandwerkerschaft Mittelholstein in Bad Segeberg.

Vor 150 Vertretern aus dem Handwerk, der Politik, Verwaltung und Wirtschaft kam Kreishandwerksmeister Lars Krückmann in seiner Begrüßung nicht um kritische Punkte herum, die dem Handwerk aktuell zu schaffen machen. Demnach werfen Energiepreise, Bürokratie, Fachkräftemangel sowie langwierige Planungs-und Genehmigungsverfahren dem Handwerk zahlreiche Knüppel zwischen die Beine. Simone Speck, Vizepräsidentin der Handwerkskammer Lübeck, forderte neben einem dringend notwendigen Bürokratieabbau, die Facharbeiterlücke über die schnellere Integration von Migranten zu schließen.

Thorsten Freiberg, Präsident von Handwerk SH, mahnte angesichts von Preis- und Zinssteigerungen: "Irgendwann platzt die Bombe. Die Landespolitik muss schnell reagieren, damit Handwerker ihren Laden nicht dicht machen müssen." Mit Blick auf den

Zeitfresser Bürokratie-Dschungel forderte Freiberg: "Die Belastungen müssen zurück! Mir fehlt der Bezug der Politik zum realen Alltag im Handwerk, Politiker müssten sich Zeit nehmen, um sich mit den Anforderungen eines Gewerks auseinanderzusetzen."



Talkrunde: Lars Krückmann, Simone Speck, Thorsten Freiberg und Moderator Carsten Kock



## Ausbildungsmesse mit Influencerin

m 23. Februar 2024 fand an der Beruf-Alichen Schule des Kreises Stormarn in Ahrensburg eine erfolgreiche Ausbildungsmesse statt, bei der Schülerinnen und Schüler vielfältige Einblicke in verschiedene Berufsfelder erhielten. Das Highlight des Events war der Besuch von Sandra Hunke, einer bekannten Handwerks-Influencerin.

Fhenfalls mit dabei war Obermeister Francois Romano, der die interessierten Jugendlichen durch die Bauhallen führte und sein Fachwissen mit den Schülern teilte. Die Messe bot somit eine ideale Plattform für die Schüler, potenzielle Ausbildungswege zu erkunden und direkten Kontakt zu Vertretern der Berufswelt herzustellen.



## Meisterhaft: Urkundenverleihung

er Meisterhaft-Betrieb Gebrüder Rieß Straßen- und Tiefbau GmbH mit Sitz in Westerholz ist mit der neuen Meisterhaftzertifizierung "Meisterhaft Nachhaltigkeit und Klimaschutz" auf der 4-Sterne-Ebene zertifiziert worden. Die Urkunde von Die

Bauwirtschaft im Norden überreichte der Ohermeister der Baugewerbe-Innung Flensburg Stadt und Land, Hans-Henning Hansen (re.), an Bauunternehmer Henning Karl Rieß



## Innungsversammlung in Flensburg

ie Innung des Baugewerbes Flensburg Stadt und Land vermeldet stabile Mitgliederzahlen. Auch die Ausbildungszahlen signalisieren Optimismus in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Höchststände verzeichnen die regionalen Zimmerer-Jahrgänge, die selbst landesweit so noch nicht vorgekommen sind. Gut 70 Berufsstarter aus den Teilbereichen des Maurer-, Zimmerer-, Straßenbauer- und Fliesenleger-Handwerks werden aktuell in der Berufsschule unterrichtet.

Auf der jüngsten Innungsversammlung pflegten die Bauunternehmer einen regen Austausch zu unterschiedlichen Themenbereichen. Ein Themenschwerpunkt war unter anderem die Wiederaufnahme des Projektes "Berufsstart Bau". "In Zeiten des allgemeinen Mangels an Lehrlingen eine gute Sache", so Stefan Witt.

Bei den anschließenden Vorstandswahlen votierten die Innungsmitglieder wie folgt: Obermeister bleibt Hans-Henning Hansen. Er erhielt ein einstimmiges Resultat. Zu seinem Stellvertreter wählten die Anwesenden

Stefan Witt. Michael Schönk übt weiterhin die Funktion des Lehrlingswarts aus. Als neue Beisitzer fungieren zukünftig Sven Buss und Andreas Thonfeldt.



(v.l.n.r.) Thonfeldt, Stefan Witt und Sven Buss





# Profis lassen waschen

CWS Workwear bietet langlebige Arbeitskleidung mit Rundum-Service. Die Kleidung wird regelmäßig hygienisch gewaschen sowie bei Bedarf repariert oder ausgetauscht. Abholung und Lieferung inklusive.

Setzen auch Sie auf einen professionellen, sauberen Auftritt Ihrer Mitarbeiter!

#### Kontakt:

CWS Workwear Deutschland GmbH & Co. KG Dreieich Plaza 1 A | 63303 Dreieich Peter Ebling T +49 1511 6828833 peter.ebling@cws.com



CWS.COM/WORKWEAR

## Bester Brunnenbauer beim Kanzlergespräch



Die Teilnehmer beim Kanzlergespräch, 2.v.l. Tjard Beth

M 1. März fand das alljährliche Spitzengespräch mit dem Bundeskanzler Olaf Scholz im Rahmen des Live-Kongressevents "ZUKUNFT HANDWERK" in München statt. Scholz nutzte diese Gelegenheit, um mit jungen Handwerkern in einen Dialog zu treten, um ihre Perspektiven, Anliegen und Ideen für Veränderungen zu ergründen. Zu diesem Zweck wurden die Gewinner der Deutschen Meisterschaft 2023 aus allen Bundesländern und verschiedenen Branchen eingeladen. Unter ihnen war Tjard Beth aus Schleswig-Holstein.

Tjard Beth, ansässig in Timmaspe, erlangte den Titel des besten Brunnenbauers bei den Landesmeisterschaften in Kiel im Herbst 2023 und wurde somit zum Landesieger in seinem Gewerk. Darüber hinaus sicherte er sich die Goldmedaille bei den 72. Deutschen Meisterschaften im Bauhandwerk. Seine Ausbildung absolvierte Beth bei der renommierten Firma Aspern & Söhne GmbH & Ko. KG in Nortdorf, wo er auch weiterhin tätig ist.

Die Geschäftsführer Tim und Nils von Aspern sowie die Mitglieder der "Junioren" Fynn und Claas von Aspern zeigten sich äußerst stolz auf seinen Erfolg. Beth ist bereits der vierte Geselle in Folge, der diese bedeutende Medaille erringen konnte. Für seine berufliche Zukunft plant er den Besuch der Meisterschule, um sein Handwerk weiter zu perfektionieren.



## 69. Kompaktmesse des Bauens

Mittwoch, 4. - Sonntag, 8. September 2024 Holstenhallen Messegelände - Neumünster

Eingebettet ist die CONBAU Nord am 4. und 5. September 2024 Holstenhallen Congress Center SH

SEMINARE & VERANSTALTUNGEN				
Datum	Ort	Thema		
<b>3. Juni 2024</b> alternativ 02.09.2024	Online	Nachhaltigkeit im Handwerk - Einführung in eine zukunftsfähige Betriebsführung externer Anbieter		
<b>10. Juni 2024</b> alternativ 09.09.2024	Online	Nachhaltigkeit im Handwerk - Einführung in die Nachhaltigkeitsberichterstattung externer Anbieter		
<b>17. Juni 2024</b> alternativ 16.09.2024	Online	Nachhaltigkeit im Handwerk - Nachhaltigkeit im Marketing einsetzen externer Anbieter		
<b>24. Juni 2024</b> alternativ 24.09.2024	Online	Nachhaltigkeit im Handwerk - Anwendung des Nachhaltigkeits-Navigator Handwerk externer Anbieter		
17. Oktober 2024	Neumünster	Nachträge berechnen mit tatsächlich erforderlichen Kosten	Servicegesellschaft Bau-Nord GbR	
7. November 2024	Neumünster	Das Gebäudeenergiegesetz und Bundesförderung für effiziente Gebäude und Folgen für Wärmebrücken-, Dichtheits- und Lüftungskonzepte	Servicegesellschaft Bau-Nord GbR	
18. November 2024	Neumünster	Körpersprache (Wiederholung vom 23.03.23 wegen hoher Nachfrage)	Servicegesellschaft Bau-Nord GbR	

Einige Seminare werden mit Punkten im Meisterhaftsystem angerechnet; sie sind im Internet gekennzeichnet - www.bau-sh.de







## Mehr Nachlass, mehr Vorteile

Wir holen mehr für Euch raus!

# BAMAKA

**Welche Vorteile bieten wir?** Die BAMAKA bietet starke Konditionen und günstige Preise für fast alle Bereiche des Arbeitsalltags.

Alles aus einer Hand, weniger Aufwand und weniger Stress. Ganz einfach über die BAMAKA einkaufen und dabei Kosten und Aufwand sparen. **BEI UNS IST WENIGER MEHR!** 



ONLINE SHOP bis zu 55% sparen!

FUHR-PARK

Noch nicht registreiert? So geht's!

Ganz einfach beim Verband, unserem Kundenservice und online unter www.bamaka.de/registrierung registrieren. Die Zugangsdaten werden schnellstmöglich per Email und Post zugesendet.

 -> Jetzt loslegen und unsere exklusiven Angebote auf www.bamaka.de sofort nutzen.

#### **BAMAKA Kundenservice**

Rhöndorfer Straße 7-9 53604 Bad Honnef Tel: +49 2224 981 088 77

service@bamaka.de www.bamaka.de







